

Beschluss (vorläufig)

A – Was Wohlstand schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-W Was Wohlstand schützt

Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis hin zum
2 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative Wirtschaft ist global
3 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von der
4 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen
5 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt,
6 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die
7 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die Kräfte
8 bündeln.

9 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse. Wir
10 sind schon weit gekommen - mit dem Green Deal haben wir europaweit viele richtige Weichen
11 gestellt. Ab 2050 soll Europa keine Treibhausgase mehr ausstoßen. Vor allem geht es nun
12 darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und Jahrzehnte entsteht, auch und
13 gerade um die Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen. Dafür haben wir
14 einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist
15 für uns kein Selbstzweck, sondern auch der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand,
16 zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, zur Sicherung unserer
17 natürlichen Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für mehr soziale
18 Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

19 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während China oder die
20 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien investieren. Wir
21 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass Deutschland und Europa auf den Märkten der
22 Zukunft den internationalen Partnern mindestens auf Augenhöhe begegnen können – bei
23 erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen Dienstleistungen und Künstlicher
24 Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem Stahl. Damit wird Europa zur
25 Vorreiterin für nachhaltige Lösungen und kann definieren, dass neue Technologien zum Wohle
26 der Menschen eingesetzt werden. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik
27 ist heute auch Sicherheitspolitik. Das bedeutet auch, dass wir Kritische Infrastruktur und
28 strategisch wichtige Industriezweige vor geostrategisch motivierten Übernahmen schützen.

29 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen natürlichen
30 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden, naturnahen Wäldern und sauberen Gewässern, mit
31 Lebensräumen für eine große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an unseren Küsten und in
32 unseren Landschaften. In ihrem Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer
33 Nachbarschaft zu High-Tech-Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen
34 Räumen verankert, lässt sich aus den Städten zur Erholung in kurzer Zeit in attraktive
35 Kultur- und Naturlandschaften reisen.

36 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs, bezahlbares Wohnen und gute öffentliche
37 Dienstleistungen in einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Er bedeutet Gerechtigkeit und
38 eine faire gesellschaftliche Lasten- und Arbeitsteilung, nicht zuletzt zwischen den
39 Geschlechtern. Wohlstand bedeutet aber eben auch saubere Luft, reines Wasser und bezahlbare,
40 gute Lebensmittel.

41 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein klimaneutrales Fundament
42 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den European
43 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie, und wir kämpfen weiterhin
44 für seine Fortführung und die vollständige Umsetzung. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in
45 allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energiegewinnung über Mobilität und
46 Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz und Klimaresilienz werden
47 zunehmend auch zu entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktoren. Wollen wir unseren
48 Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das Klima
49 schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.

50 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und Industriepolitik, die
51 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu gezielten
52 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den Autokratien dieser
53 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von
54 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren
55 Energien, die Stromnetze und das Wasserstoffkernnetz in ganz Europa ausbauen. Wir wollen ein
56 modernes und funktionierendes Bahnnetz für ein klimaneutrales Reisen von Florenz bis
57 Flensburg und von Budapest bis Barcelona fördern und unser Schienennetz damit wirklich
58 gesamteuropäisch aufstellen. Wenn wir aus der Europäischen Union (EU) eine moderne
59 Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die Produktion durch Industrie und
60 Handwerk, um Strom und Wärme, um günstige Energie und klimafreundliche Mobilität für alle zu
61 sichern – nachhaltig und auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt.

62 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich die besten
63 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie abbauen, dann tun
64 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu
65 stellen, ohne dabei Qualitätsstandards einzuschränken. Und wenn wir die Potenziale der
66 Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten im Sinne der Menschen in Europa nutzbar
67 zu machen, nicht umgekehrt.

68 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind wir es.
69 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die wirksam und
70 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer Konkurrenz
71 gleichermaßen aufzunehmen.

72 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die Sicherheit
73 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand und
74 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit der Natur und
75 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder geografische
76 Herkunft, der Zugang zu Bildung, weder eine Behinderung, noch das Geschlecht, oder die
77 religiöse Überzeugung über die Chance auf ein gutes Leben entscheiden. Alle Menschen sollen
78 am Wohlstand teilhaben und zu ihm beitragen können.

79 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

80 **1. Ein klimaneutrales Europa** 81 **In Energiesicherheit investieren**

82 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und
83 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale und Kostenvorteile der erneuerbaren

84 Energien auf dem gesamten Kontinent nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare
85 Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis
86 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die europäische Energieversorgung auf
87 dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen. Denn nur die Erneuerbaren
88 garantieren eine unabhängige und auf Dauer günstige Energieversorgung, mit der Europa
89 langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir wollen, dass Deutschland auf diesem Weg
90 mit gutem Beispiel vorangeht.

91 Dazu brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa eine Steigerung der
92 Energieeffizienz und eine Dekarbonisierung im Verkehr, in der Industrie und in der
93 Wärmeversorgung, massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Fotovoltaik-, Solar-
94 und Geothermieanlagen, Energiespeichern aller Art, sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen. In
95 Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten, um die notwendigen
96 Vorgaben kontinuierlich im Gleichklang weiter zu entwickeln.

97 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird,
98 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken und dabei vor
99 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein dezentrales,
100 stabiles und europäisch vernetztes Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere
101 Versorgungssicherheit. Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten
102 Europas sich gegenseitig beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent
103 erneuerbare Energien fit machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer
104 irgendwo der Wind weht oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine europäisch integrierte
105 Netzplanung – insbesondere für grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie
106 in den Meeren der EU. In Zukunft müssen die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und
107 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und
108 die Regulierung von Energiespeichern aller Art zielgerichtet auf ein System aus 100%
109 erneuerbarer Energien und die Integration der Verkehrs-, Wärme- und Industriesektoren aus.
110 Das neue Strommarktdesign muss den Stromverbraucher*innen erlauben, von den Kostenvorteilen
111 der Erneuerbaren Energien zu profitieren und gleichzeitig die Refinanzierung der
112 Erneuerbaren Energien zu sichern. Der Preis von erneuerbarem Strom soll von den steigenden
113 Kosten des Emissionshandels entkoppelt werden. Die dezentrale Natur der Erneuerbaren
114 Energien erlaubt es vielen Menschen und Unternehmen, selbst Strom zu erzeugen.
115 Eigenstromnutzung sollte durch vorteilhafte rechtliche Rahmenbedingungen begünstigt werden,
116 da es nicht nur ihnen Kostenvorteile bringt, sondern auch die Netze und damit die
117 Allgemeinheit entlastet.

118
119 Produktionsspitzen der erneuerbaren Energien, für die es im Stromnetz keine Verwendung gibt,
120 sollen gemäß dem Grundsatz "Nutzen statt Abschalten" unkompliziert vor Ort genutzt werden
121 können, beispielsweise für die Elektrolyse, in Batterien oder Wärmespeichern

122 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu
123 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet. An diesen
124 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an. Jedoch wird
125 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste Form der
126 Energiegewinnung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um
127 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,
128 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt. Neue
129 Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für den Ausstieg aus der fossilen
130 Energiegewinnung lehnen wir ab.

131
132 Mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Innovationsförderung
133 ermöglichen wir den betroffenen Regionen diesen Weg in die Zukunft. Unternehmen, Kommunen

134 und vielfältige Bürgerprojekte sind entscheidend für den Erfolg dieses umfassenden
135 Strukturwandels. So stellen wir sicher, dass der neu geschaffene Wohlstand bei den Menschen
136 vor Ort ankommt und schaffen verlässliche Strukturen.

137 Gleichzeitig hat uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie
138 abhängig wir noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den
139 kommenden Jahren ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger
140 Abschied von der Erschließung neuer Öl und Gasfelder nötig.

141
142 In der Stromerzeugung wollen wir in Deutschland spätestens 2035 keine fossilen Brennstoffe
143 mehr einsetzen. Wir unterstützen damit das Ende der Förderung von CO₂-Quellen in Europa und
144 auf der ganzen Welt. Parallel wollen wir unsere Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa
145 so ausrichten, dass auch darüber hinaus die fossile Förderung und Verbrennung weltweit, im
146 Einklang mit den Pariszielen, bis 2050 beendet werden kann. Wir können und werden das
147 fossile Modell vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff
148 ersetzen.

149 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energiegewinnung und sie ist nicht geeignet, die
150 Klimakrise zu bekämpfen. Sie verstärkt Importabhängigkeiten, ist erheblich teurer als
151 Erneuerbare, mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre
152 unzuverlässig. Wir setzen uns für Sanktionen auf die Importe von Uran und
153 atomwirtschaftlichen Geschäfte Russlands ein.

154
155 Atomkraftwerke sind nicht zuletzt eine Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerung in
156 Kriegssituationen. Ihr Bau ist teuer und langwierig. Die Gefahr der atomaren Proliferation
157 ist stets präsent, und der Müll wird noch unzählige nachfolgende Generationen belasten.
158 Daher war die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland ein zentraler
159 Schritt hin zu einer zukunftsfesten und finanzierbaren Energieversorgung und ein großer
160 Erfolg der Anti-Atombewegung.

161
162 Und aus diesen Gründen setzen wir uns in der EU gegen die Atomkraft als taugliche Form der
163 Energiegewinnung ein. Es ist falsch, Atomenergie als nachhaltig einzustufen und sie aus EU-
164 Mitteln zu fördern. Wir streben eine umfassende Reform des Euratom-Vertrages an, welche die
165 Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung zur zentralen Aufgabe macht und die wahren
166 Kosten und Risiken im Preis abbildet.

167 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir
168 Forschung und Entwicklung neuer Ideen vorantreiben und zum Beispiel Speichertechnologien
169 oder Kernfusion weiter wissenschaftlich untersuchen wollen. Ob die Fusion oder andere
170 Ansätze in der Zukunft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, bleibt Gegenstand
171 anhaltender Forschung, die immer auch Sicherheitsfragen mit betrachtet. Der beschleunigte
172 Ausbau Erneuerbarer Energien muss unabhängig davon umgehend und konsequent umgesetzt werden,
173 denn er ist ein sicherer Weg zur Lösung der Klimakrise auch für die urbanen Ballungsräume
174 der Zukunft.

175 **Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten**

176 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber 1990 um rund
177 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens 55 Prozent
178 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Die kostenlose Zuteilung von
179 Emissionszertifikaten an Sektoren, die künftig unter den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus
180 fallen, wird auslaufen. Durch diesen reformierten Emissionshandel wird ein schnellerer
181 europäischer Kohleausstieg rentabel.

182
183 Wir haben die Ausbauziele für erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie,

184 Stahl oder Chemieprodukte, die nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein
185 Preis für ihren CO₂-Fußabdruck bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf
186 Elektrofahrzeuge um. Gebäude in der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches
187 Heizen gesetzt. Damit hat Europa den richtigen Weg eingeschlagen.

188 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen. Europa soll der
189 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken geben, und es
190 muss zuverlässig erreicht werden. Es ist ein großer Erfolg, dass die EU auf den 1,5-Grad-
191 Pfad einschwenkt. Wir wollen eine EU-Klimapolitik, die mit klaren Zwischenzielen
192 ausgerichtet an den wissenschaftlichen Empfehlungen des Klimabeirates der EU sicher zur
193 Klimaneutralität führt. Gleichzeitig wollen wir die europäische Klimapolitik auch in Zukunft
194 so ausgestalten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird. Das
195 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens
196 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.
197 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und die
198 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden. Auch der Sektor Landwirtschaft und
199 Fischerei muss seinen Beitrag zur Reduktion der Emissionen leisten. Neben einer Bepreisung
200 von Klimagasen müssen auch die GAP-Instrumente konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet
201 werden. Mit der Aufnahme von Methan in den Emissionshandel und der neuen Methanverordnung
202 hat die EU wichtige Schritte unternommen, um dieses klimaschädliche Gas entsprechend seines
203 insbesondere kurzfristig hohen Erwärmungspotenzials zu reduzieren. Nun braucht es schnell
204 Vorgaben zum Aufspüren und Schließen von Methanlecks in der Vorkette und einen Schwellenwert
205 für Importe von Kohle, Öl und Gas in die EU.

206 **Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen**

207 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in
208 erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber auch
209 in Zukunft Emissionen geben, die nach heutigem Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden
210 sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen
211 nutzen und das CO₂ direkt bei der Produktion abscheiden, in einer sicheren und stabilen Form
212 speichern und gegebenenfalls im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe nutzen (Carbon
213 Capture Use / Storage, CCU / CCS). Wo technisch nicht vermeidbare Emissionen entstehen, kann
214 dies aktiv gefördert werden. Grundsätzlich gilt für die Finanzierung das Verursacherprinzip.
215 Eine aktive Förderung von CCS für die Herstellung von blauem Wasserstoff in Deutschland
216 lehnen wir ab. Die Energiewende sowie die Dekarbonisierung in der Industrie ist unsere
217 Priorität. Dieser Schwerpunkt wird sich auch in der Förderung abbilden. Wir wollen einen
218 europaweit einheitlichen Regelungsrahmen, einschließlich einem verbindlichen Haftungsrecht,
219 dafür schaffen und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer
220 europäischer CO₂-Speicher – entwickeln. Wir berücksichtigen dabei bestehende Nutzungen
221 gerade auch auf dem Meer, verbindliche ökologische Kriterien sowie den Ausschluss von
222 Schutzgebieten.

223 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger, auf den 1,5-
224 Grad-Pfad zu kommen. Die prognostizierten Möglichkeiten, auf diesen Pfad zu kommen, setzen
225 eine aktive Senkung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre voraus. Es ist also
226 unumgänglich, sie aktiv zu senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau
227 einstellt. Dafür erforschen und entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und
228 technische Prozesse, die der Atmosphäre mittelfristig CO₂ wieder entziehen. Intakte
229 Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder, Auen, Moorböden und Meere
230 sind natürliche CO₂-Speicher. Der Schutz und die Wiederherstellung solcher natürlichen CO₂-
231 Senken hat auf diesem Weg für uns Vorrang. Sie beeinflussen über das Klima hinaus auch
232 Wasserkreisläufe und das Wetter positiv. Deswegen benötigen wir kluge Regulierung und
233 verstärkte Förderung für den natürlichen Klimaschutz, die Landwirtschaft, den Humusaufbau,

234 die Wiedervernässung von Mooren, Renaturierung von Auen und Seegraswiesen, die nachhaltige
235 Verwendung von Holz, sowie die Wiederherstellung naturnaher, artenreicher und
236 strukturreicher Wälder, die eine zugleich ökologisch und ökonomisch nachhaltige
237 Bewirtschaftung in Zukunft befördern. Dafür braucht Europa ein umfassendes Paket
238 "Natürlicher Klimaschutz" zur Umsetzung des Nature Restoration Law, das auch die
239 rechtlichen Voraussetzungen für die beschleunigte Ausweisung von Vorranggebieten für
240 Renaturierung und natürlichen Klimaschutz schafft. Durch die Reduktion der Tierhaltung in
241 Europa werden auch mehr Flächen für die Wiederherstellung der Natur gewonnen. Gleichzeitig
242 wollen wir die Potenziale technischer Negativemissionen wie die Bioenergie mit CO₂-
243 Speicherung in der Anwendung prüfen und an Pilotprojekten evaluieren. Es gelten, wie bei
244 anderen Technologien, die Prinzipien der Vorsorge und der Technikfolgenabschätzung. Die EU
245 braucht klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen, ohne diese gegen die
246 Emissionsreduktionsziele zu handeln.

247 **Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen**

248 Grüner Wasserstoff, also Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, kann Energie speichern und
249 transportabel machen. Er ist ein wichtiger Bestandteil unserer zukünftigen
250 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger in vielen Fällen ersetzen, in denen
251 Elektrifizierung keine Option ist. Die Produktion von grünem Wasserstoff in Zeiten von
252 überschüssigem Wind- und Solarstrom hat zudem eine stabilisierende Wirkung bei der
253 Integration von erneuerbaren Energien in unser Stromnetz. Wir wollen dafür sorgen, dass
254 Europa Vorreiterin in der Wasserstoffwirtschaft wird. Um die derzeit recht hohen Kosten und
255 Effizienzverluste bei der Wasserstoffproduktion und dem Transport zu senken, unterstützen
256 wir auch weiterhin die Erforschung und Entwicklung in diesem Technologiebereich. Mit
257 Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm sorgen wir
258 für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser Schlüsseltechnologie.

259 Wir wollen die Investitionen in ein neues transeuropäisches Wasserstoffkernnetz erhöhen, um
260 durch die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur und den Bau von anschlussfähigen neuen
261 Pipelines wie H2Med grünen Wasserstoff aus den sonnen- und windreichen Regionen Europas in
262 die europäischen Industriezentren zu transportieren. Um die Netzausbaukosten zu minimieren
263 und möglichst frühzeitig regionale Wasserstofferzeugung und -verwendung zu ermöglichen,
264 beschleunigen wir parallel den Aufbau einer dezentralen Wasserstoffinfrastruktur. Diese
265 verzahnen wir mit dem Ausbau der Stromnetze und einer sektorübergreifenden europäischen
266 Speicherstrategie, die auch die Prozess- und Abwärmepotenziale der Industrie einbezieht. Das
267 ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

268 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen Wasserstoff und
269 strategische Partnerschaften für dessen weltweiten Handel ein. Dank einer Vielzahl
270 potenzieller Partnerländer, die wir auch nach Demokratie- und Menschenrechtslage evaluieren,
271 können wir auf diesem Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige
272 Abhängigkeiten vermeiden. Durch faire Partnerschaften auf Augenhöhe, das Teilen von Know-
273 how, bessere Zugänge zu erneuerbaren Energien und den Schutz der lokalen Wasserversorgung
274 ermöglichen wir es den Ländern des Globalen Südens, sich in die Wertschöpfungskette zu
275 integrieren und von der grünen Energiezukunft zu profitieren. Wir setzen uns auf
276 europäischer Ebene für hohe Standards für die Zertifizierung von grünem Wasserstoff ein. Den
277 Import von Wasserstoff, der nicht mit erneuerbaren Energien synthetisiert wurde, wollen wir
278 möglichst vermeiden.

279 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff vorerst ein
280 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen wir daher vorrangig auf
281 Energieeffizienz und die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen,
282 da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also
283 priorisiert dort einsetzen, wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist.

284 Dazu gehören etwa die Produktion von Grundstoffen wie Stahl, Glas-, Papier- oder
285 Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie der interkontinentale See- und Luftverkehr.
286 Zudem werden wir in der Zukunft grünen Wasserstoff bei geringer Solar- und
287 Windenergiegewinnung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung einsetzen, wenn dies
288 ökonomisch geboten ist oder um die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit
289 sicherzustellen.

290 **Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen**

291 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden.
292 Dieser Prozess verlangt uns allen viel ab. Nicht nur deshalb muss klimaneutral immer auch
293 sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich
294 einführen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden
295 kann. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die
296 ohnehin weniger CO₂ produzieren. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem
297 Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das
298 umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden
299 Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für
300 Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten
301 mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro
302 Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet
303 werden kann.

304 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und Kommunen, ihre
305 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und demokratisch, denn
306 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich
307 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz
308 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen
309 europäisch besser verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben können – indem
310 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt an ihre
311 Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte Energie
312 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

313 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig
314 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen
315 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um insbesondere Gebäude in
316 energetisch schlechtem Zustand schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen
317 Energieträgern zu befreien und die langfristige Bezahlbarkeit zu sichern. Hohe energetische
318 Standards für Neubauten sind hierbei ein weiterer wichtiger Baustein. Bei der Sanierung von
319 Bestandsbauten wollen wir durch gezielte Investitionen die Wohnkosten senken. Wir setzen
320 dabei vor allem auf Beratung sowie sozial gestaffelte und ausreichend große finanzielle
321 Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne oder integrierte
322 Energie-Infrastrukturpläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare
323 gibt und wie beispielsweise Abwärme energieeffizient genutzt werden kann.. Wir möchten, dass
324 alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es
325 für Erneuerbare gibt und wie Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann. Wir
326 treten zudem für strengen Emissionsschutz bei sämtlichen Anlagen ein, die
327 Verbrennungsprozesse nutzen, um das Recht auf saubere Luft zu sichern. Holz ist ein
328 wertvolles Naturmaterial, das in Häusern und Möbeln genutzt werden soll, auch als CO₂-
329 Speicher. Im Rahmen einer Kaskadennutzung sollte die energetische Nutzung auf Rest- und
330 Abfallhölzer beschränkt werden.

331 Mit einem effizienten und gerechten Strommarktdesign, transparenten und möglichst geringen
332 Infrastrukturkosten, einer Flexibilisierung der Verbraucherseite sowie einem intelligenten
333 Lastmanagement kommen die Vorteile der günstigen erneuerbaren Stromerzeugung bei den

334 Verbraucher*innen an. In einem ersten Schritt schützen wir durch die Umstellung der
335 Förderung von erneuerbaren Energien auf zweiseitige Differenzverträge mit Ober- und
336 Untergrenzen für die Erlöse der Stromerzeugung die Stromverbraucher*innen vor hohen Kosten.
337 Dabei soll der Preis von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels
338 entkoppelt werden. Mit einer eindeutigen europäischen Regulierung von Energiespeichern aller
339 Art wollen wir deren Marktintegration vorantreiben und die dringend benötigten
340 Flexibilisierungspotenziale heben. Langfristig braucht es ein Strommarktdesign, das die
341 Refinanzierung der Erneuerbaren Energien sicher stellt und gleichzeitig dafür sorgt, dass
342 die Verbraucherinnen und Verbraucher von den Kostenvorteilen von günstigem Wind und
343 Sonnenstrom profitieren.

344 **2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort**

345 **In Innovation, Souveränität und Resilienz investieren**

346 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine strategische
347 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU (NGEU) hat uns
348 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen, dass Europa
349 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht
350 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns
351 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen
352 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

353 Wir wollen daher ab 2028 ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und
354 Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der
355 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit einem
356 voll ausgebauten, integrierten und an die sich verschärfende Klimakrise angepassten
357 europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa
358 den klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von morgen
359 fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaften
360 widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

361 **Industriepolitik aktiv gestalten**

362 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus kleinen,
363 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren Wohlstand ist.
364 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns zentral:

365 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regelungsrahmen der EU für
366 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen Firmen
367 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den Goldstandard auf
368 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag
369 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

370 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit ihrem
371 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer Produktionsstandorte für
372 Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es,
373 dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die auf Europas
374 Stärken aufbauend Schlüssel- und Zukunftsindustrien zurückholt, entwickelt und skaliert. Sie
375 setzt bei der Forschung an und reicht über die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften bis
376 zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine Angebotspolitik, die
377 Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen setzt, andererseits starke
378 öffentliche Förderprogramme etwa für Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure, Solaranlagen,
379 Windräder, Energiespeicher, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa an der
380 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa erdacht und
381 hergestellt werden. Ziel und Mission unserer Industriepolitik ist es, Jobs und Wohlstand in
382 Europa zu sichern, indem wir den Standort Europa stärken und klimaneutral erneuern. Der

383 Aufbau einer europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des
384 Industriestandortes Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und
385 Unabhängigkeit.

386 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein Förderdschangel
387 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an die
388 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im
389 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche
390 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür
391 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische
392 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage versetzt
393 wird, schnell und wirksam zu handeln. Zusätzlich müssen wir für die klimaneutrale Erneuerung
394 der Industrie privates Kapital mobilisieren. Die Skalierung der erneuerbaren
395 Energiewirtschaft braucht klare Ziele, ein strategisches Management der Wertschöpfungsketten
396 und eine koordinierte europäische Strukturpolitik.

397 **Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten**

398 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa gleichzeitig
399 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett klimaneutral
400 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern und neue
401 Wertschöpfungsmöglichkeiten in den Blick nehmen.

402 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss
403 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen
404 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und
405 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu
406 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht. Bis das in ausreichendem
407 Maß der Fall ist, wollen wir insbesondere mit geeigneten, an den Einsatz von erneuerbarem
408 Strom geknüpften, Maßnahmen sicherstellen, dass auch energieintensive Unternehmen weiterhin
409 in Europa produzieren können und den Übergang zur Klimaneutralität schaffen.

410 Unter anderem deshalb wollen wir die Unternehmen mit einem europäischen Programm zur
411 Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen europaweiten Einsatz von
412 Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und
413 somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst
414 schnell und kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO₂
415 einsparen. Dabei wollen wir alle Industriesektoren in den Blick nehmen. Zusätzlich wollen
416 wir europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus
417 klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise
418 bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl vorschreiben, die stetig
419 ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt geschaffen, der klimaneutrale Produktion über
420 einen Marktmechanismus in Gang setzt. Außerdem wollen wir der Industrie die Flexibilisierung
421 ihres Stromverbrauchs ermöglichen und entsprechende Anreize setzen, damit sie bereits heute
422 von den Preisvorteilen der erneuerbaren Energien profitieren kann und die
423 Netzinfrastrukturkosten gesenkt werden. Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von
424 Produktionsprozessen auf klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren
425 erheblich beschleunigen, weil dies zu schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem
426 Erhalt von industrieller Substanz und guten Arbeitsplätzen beiträgt.

427 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien bei
428 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir gezielt die
429 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen. Langfristig wollen wir unsere Wirtschaft
430 stärker am Gemeinwohl orientieren.

431 Den Binnenmarkt stärken

432 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft,
433 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die klimaneutrale
434 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den europäischen
435 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer*innen
436 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und
437 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27
438 verschiedene befolgen.

439 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft, übergeordnete Ziele zu
440 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie die
441 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um
442 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

443 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen Unternehmen
444 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein solches Update
445 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool
446 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

447 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht bekämpft und
448 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg des
449 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht Europa
450 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen Staaten, die
451 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-
452 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten
453 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich
454 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei
455 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den
456 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf Klimaneutralität
457 und Kreislaufwirtschaft.

458 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU die
459 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der europäischen
460 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik ermöglicht und
461 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren
462 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

463 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

464 Eine stabile europäische Wirtschaft sichert unseren Wohlstand. Mit guten Arbeitsbedingungen,
465 sicheren Jobs, anständigen Löhnen und Weiterbildung gewinnen und halten wir die dafür
466 notwendigen Arbeits- und Fachkräfte. Das gilt gleichermaßen für akademisch ausgebildete
467 Fachkräfte wie für solche mit einer Ausbildung in Handwerk, Industrie oder öffentlichem
468 Dienst. Wir wollen, dass alle zum Wohlstand beitragen können - und er allen zugute kommt,
469 die ihn erarbeiten. So wachsen wir aus der Mitte heraus. Davon hängt auch das Gelingen der
470 Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in Klimaschutz fördern wir gleichzeitig
471 sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

472 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote für alle
473 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und Fachkräfte von außerhalb
474 gewinnen. Auch Geflüchtete, die zu uns kommen, sollten arbeiten dürfen und schnellen Zugang
475 zu Sprachkursen haben.

476
477 Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In vielen EU-
478 Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen

479 auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zeitpolitik, die soziale
480 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und demokratischer Teilhabe mitdenkt.

481 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch gut
482 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen und Betriebe
483 aus Branchen, in denen bislang unterdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind, bei der
484 EU-Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie überdurchschnittlich viele Frauen ausbilden
485 bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen
486 entwickeln, wie wir eine gleichberechtigte Teilhabe und Bezahlung der Geschlechter in der
487 Wirtschaft ermöglichen können. Gleichzeitig wollen wir die Bezahlung, Arbeitsbedingungen und
488 Anerkennung von überwiegend weiblich besetzten Berufsfeldern gezielt verbessern.

489
490 Menschen mit Behinderungen bieten mit ihren vielfältigen Kompetenzen ein großes
491 Fachkräftepotenzial. Wir wollen einen Kulturwandel hin zu einer inklusiven
492 Arbeitsmarktpolitik und auch die EU-Förderprogramme stärker darauf ausrichten. Die
493 gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung
494 sowie zum barrierefreien Arbeitsplatz wollen wir konsequent durchsetzen.

495 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen um Fachkräfte. Vom Bauingenieur über die
496 Handwerkerin bis zum Pfleger im Krankenhaus. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-
497 Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-
498 Initiative auf nicht-akademische Berufe ausgeweitet werden, sofern ein konkretes Jobangebot
499 zu marktüblichen Konditionen vorliegt. Gleichzeitig kann Anwerbung und Migration von
500 Fachkräften auch zu ernsthaften Herausforderungen für die Herkunftsregionen führen. Unser
501 Ziel ist deswegen, dass die EU verstärkt in eine partnerschaftliche Ausbildung von
502 Fachkräften investiert - zum Vorteil des Arbeitsmarkts im Herkunftsland wie auch in Europa.

503 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr Auskommen,
504 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer klimaneutralen
505 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus- und
506 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit
507 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet
508 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass
509 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt
510 werden.

511 **3. Stabile Finanzen**

512 **Europa finanziell wappnen**

513 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre finanzielle
514 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem relevanten
515 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir endlich
516 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur
517 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu
518 treffen.

519 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle Ausstattung der
520 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Für die
521 Bewältigung großer Herausforderungen haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen
522 bewährt. Zweitens muss die EU deutlich mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel
523 bekommen, um sie für gemeinsame Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der
524 Industriepolitik und für eine Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir
525 sowohl für einen starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der
526 EU, als auch für ein neues großes Investitionsprogramm streiten.

527 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen deutlich
528 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt die
529 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden Feldern der
530 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin
531 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die
532 Ausgaben verwalten.

533 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU voraus. Gerade
534 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den Beiträgen der
535 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre finanzielle
536 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen,
537 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt
538 zugutekommen.

539 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der möglichen
540 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen. Auch die
541 Einnahmen aus dem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU-
542 Haushalt zufließen.

543 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu einer
544 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits 2020 von Rat
545 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen. Dabei muss
546 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten
547 sichergestellt werden.

548 **Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen**

549 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Grundvoraussetzung für
550 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die Architektur der
551 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das
552 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

553 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz verstetigen
554 wir die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der
555 Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der
556 Umstellung auf Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und
557 etablieren endlich eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige
558 EU-Hilfsprogramme.

559 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-Kurzarbeitergeldes
560 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten
561 Jobs sicher schützen können. Wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit
562 Europa von einer Währungsunion zu einer echten Wirtschaftsunion wird. Indem wir strukturelle
563 Hindernisse für grenzüberschreitende Kapitalströme abbauen, verbessern wir die
564 Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), setzen Potenzial für
565 Investitionen frei und machen zugleich unser Finanzsystem robuster.

566 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die
567 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen Ländern
568 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und Wachstum schaffen.
569 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln sind zu restriktiv formuliert und haben in der
570 Summe notwendige Investitionen in vielen EU-Mitgliedstaaten verhindert, während sie
571 gleichzeitig für die Europäische Kommission nicht mehr sinnvoll und nachvollziehbar
572 anwendbar waren. Deshalb streiten wir für eine ambitionierte Reform, die mehr Transparenz
573 und mehr Spielraum für Investitionen schafft, und deren Ergebnis von der Kommission
574 konsequent durchgesetzt wird.

575
576 Zu einer krisenfesten Währungsunion gehört auch, dass alle Mitgliedstaaten innerhalb der
577 Gemeinschaft möglichst ausgewogene Leistungsbilanzen haben, um gefährliche Ungleichgewichte
578 zu vermeiden, die etwa durch Unterbietungswettbewerbe bei Löhnen, Steuern und sozialen
579 Sicherungssystemen entstehen können.

580 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Buchgeld der
581 Geschäftsbanken und zum Bargeld, welches weiterhin als barrierefreies Zahlungsmittel möglich
582 bleiben wird. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht
583 Verbraucher*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als
584 öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur
585 Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter
586 leisten.

587 **Finanzmärkte verantwortungsvoll gestalten**

588 Unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind auf funktionierende Finanzmärkte angewiesen. Wir
589 wollen die Verantwortung aller Finanzmarktakteure stärken - für Investitionen von
590 Unternehmen, für Arbeitnehmer*innen, für das Gemeinwohl. Über starke Finanzmarktregulierung
591 wollen wir Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Wohnen und Gesundheit, vor Spekulation
592 schützen. Um Spekulationen und die Orientierung an kurzfristigen Zielen an den Finanzmärkten
593 einzudämmen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen.

594
595 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das Finanzsystem
596 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet
597 sein. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Jede Finanzierungsentscheidung ist
598 eine Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren
599 Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.

600 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen von
601 Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine weitere
602 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer deutlich höheren
603 ungewichteten Eigenkapitalquote von mindestens 10%, regelmäßigen Stresstests und der
604 Vollendung der Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Die wechselseitige
605 Abhängigkeit von Staaten und Banken soll reduziert werden. Deshalb setzen wir uns auf
606 europäischer Ebene dafür ein, Konzentrationsrisiken in Bankbilanzen, auch durch
607 Staatsanleihen, weiter einzudämmen. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den
608 Erhalt der Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt,
609 einem funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit
610 Privatkund*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass
611 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir
612 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,
613 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität steht.

614 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie Ratingagenturen,
615 Versicherer und Pensionsfonds Klima- und Biodiversitätsrisiken offenlegen und
616 berücksichtigen. Wir setzen uns dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung
617 ein, um unnötige Bürokratie – insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

618 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher
619 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie und Erdgas als
620 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn
621 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder
622 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser
623 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit

624 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend finanziert werden.
625 Darüber hinaus wollen wir die Vorschläge der EU Kommission zur Ausgestaltung sozialer
626 Instrumente, etwa einer sozialen Taxonomie, aktiv begleiten, um Investitionen auch stärker
627 in soziale Sektoren zu lenken.

628 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich an
629 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die Finanzaufsicht hat mit
630 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt gehalten. Um das
631 Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen
632 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und ein
633 staatliches Labellsystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen sollen
634 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer
635 Wirtschaft leistet.

636 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das Vertrauen
637 der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen haben dafür
638 gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende Finanzprodukte
639 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung mittelfristig keine
640 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier Beratung
641 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich
642 machen. Missverständliche Formulierungen, unzureichende Labels sowie intransparente
643 Funktionsweisen von Finanzprodukten wollen wir unterbinden.

644
645 Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und
646 Entwicklung (EBRD) sollen durch einen politisch geschärften Auftrag eine noch stärkere Rolle
647 in der Förderung der klimaneutralen Erneuerung der Wirtschaft spielen.

648 **4. Steuergerechtigkeit**

649 **Steuerhinterziehung bekämpfen**

650 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle ihren fairen
651 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine gute Bus- und
652 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in den letzten
653 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie
654 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in Niedrigsteuerländer
655 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis hin zu
656 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger*innen und besonders
657 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge
658 verursacht Steuermisbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro.
659 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann
660 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

661 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von Gewinnen in
662 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere Kriterien, um
663 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So fehlen
664 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von
665 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise
666 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste gesetzt
667 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch getroffen werden.

668 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden wesentlich
669 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu stärken. Wir
670 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

671 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur existieren, um
672 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, den

673 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen anzunehmen –
674 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin. Wir wollen außerdem künstliche
675 Intelligenz zur Aufdeckung von Steuerbetrug und zur Erkennung von Schlupflöchern
676 diskriminierungsfrei einsetzen.

677 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es sich beim
678 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer.
679 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten Systems
680 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren
681 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das
682 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

683 **Steuerdumping beenden**

684 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb zwischen den EU-
685 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire Wettbewerbsbedingungen im
686 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen
687 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So
688 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen
689 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen Niederlassung oder
690 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer*innen digitaler Dienste
691 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen deutlich
692 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren
693 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

694 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist ein großer
695 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene der
696 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich auf eine
697 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt. Damit können
698 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den
699 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur
700 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die Mindestbesteuerung
701 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er reicht aber
702 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale
703 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell
704 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-
705 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

706 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für alle sichtbar
707 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von
708 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große Unternehmen
709 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu
710 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder
711 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der
712 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite Aufschlüsselung
713 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den
714 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für
715 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

716
717 Wir setzen uns dafür ein, die marktdominierende Stellung der großen
718 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu adressieren. Dafür braucht es eine klare Trennung
719 zwischen Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, vermehrte Joint Audits und eine nachhaltige
720 Reduktion der finanziellen Verknüpfung zwischen Prüfern und den zu prüfenden Unternehmen.

721 Gemeinwesen solidarisch finanzieren

722 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von Unternehmen einen
723 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren, Klimaschutz
724 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die
725 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

726 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik
727 handlungsfähig sein. Wir unterstützen die Mitgliedstaaten bei der Einführung und Umsetzung
728 von geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung der Vermögensungleichheit. Vorstöße gegen
729 Steuerdumping und Steuerflucht werden immer wieder durch Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten
730 verhindert. Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten der Verträge ausschöpfen, qualifizierte
731 Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch eröffnet die Überwindung des
732 Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen Handlungsspielraum.

733 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch hohe
734 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen einiger
735 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft gestiegene
736 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation auf eine
737 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an
738 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation
739 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene Produktionskosten
740 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument einer gegebenenfalls progressiv ausgestalteten
741 Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen
742 Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Schlupflöcher wie das
743 Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder die Gewinnverlagerung ins Ausland
744 müssen geschlossen werden.

745 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau**746 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern**

747 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen
748 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und darüber
749 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und
750 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Wissenschaft
751 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,
752 dass die nächsten großen Durchbrüche in den Bereichen der klimafreundlichen Mobilität, der
753 Informationstechnologie oder der Behandlung von Krankheiten wie ME/CFS, Krebs oder Alzheimer
754 in Europa erdacht und produziert werden. Daher müssen die Ausgaben für Forschung und
755 Entwicklung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Europa deutlich steigen.

756 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizon Europe, das die Forschungsaktivitäten der EU
757 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller*innen sehr beliebtes
758 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten
759 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

760 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die missions-
761 und anwendungsorientierte Forschung und den Transfer beinhalten. Zentral dafür ist die
762 Klimaforschung, für die wir im laufenden Zyklus von Horizon Europe eine feste Quote von 35
763 Prozent für die europäische Klimaforschung verankern konnten. Künftig wollen wir auch eine
764 wesentlich stärkere Förderung für die Biodiversitätsforschung etablieren. Wir treten für
765 eine gut ausgestattete Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der
766 Exzellenzforschung par excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Sklłodowska-Curie-
767 Mobilitätsförderung wollen wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass
768 Sozial- und Geisteswissenschaften einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen und
769 dabei auch kritische Wissenschaften Berücksichtigung finden, denn sie sind von hoher

770 Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und Demokratie. Indem sie ein
771 besseres Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und Notwendigkeiten schaffen, helfen
772 sie dabei die multiplen Krisen mit ganzheitlichen Lösungsansätzen zu bewältigen. Der
773 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine lehrt uns, dass die
774 Friedensforschung und die Forschung rund um die Länder Osteuropas, des Südkaukasus und
775 Zentralasiens intensiviert werden müssen. Die Zusammenarbeit europäischer und ukrainischer
776 Hochschulen wollen wir fördern. Open Access, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse und
777 Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sein sollen,
778 wollen wir als Prinzip von Horizon Europe weiterhin stärken und in internationaler
779 Zusammenarbeit unterstützen.

780 Horizon Europe ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was den
781 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch: Horizon Europe
782 muss zugänglicher und internationaler werden. Hierfür wollen wir die Antragsverfahren
783 vereinfachen, entbürokratisieren und weitere Partnerländer einbinden. Bei
784 Wissenschaftskooperationen mit außereuropäischen Partner*innen gilt es, europäische
785 technologische Souveränität zu schützen und Wissenschaftsfreiheit zu garantieren.

786
787 Gute Politik orientiert sich an nachprüfbaren Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen.
788 Wir setzen uns für Standards und Transparenzrichtlinien bei der Beauftragung von
789 wissenschaftlichen Studien und Gutachten ein.

790 **Aus Ideen Wohlstand machen**

791 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender Bedeutung. Wir
792 wollen Ideen auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind ein
793 entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

794 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte Forschung, die
795 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und ihre Ursachen zu
796 verstehen: Wir brauchen beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien,
797 effektive Behandlungen für Krebs, smarte digitale Lösungen und Konzepte gegen soziale
798 Ungleichheit. Die Missionen von Horizon Europe sollen sich weiterhin insbesondere am Green
799 Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen wir Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft
800 und die Wirtschaft zusammenbringen.

801 Innovationspolitik ist ein wichtiger Teil unserer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik.
802 Wir wollen die transferorientierten Programmbestandteile von Horizon Europe so ausbauen,
803 dass die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung unterstützt werden. Um die Teilnahme an
804 Förderprogramme auch für KMU, kommunale Institutionen und NGOs attraktiver zu machen, soll
805 die Beantragung und die Dokumentation der Projekte möglichst vereinfacht werden.

806 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen, in denen
807 Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und die öffentliche Hand gemeinsam an den notwendigen
808 Lösungen für die Zukunft arbeiten. Solche Cluster von Forschung, Lehre und Praxis sind
809 zentral, um Innovationen zu fördern, schneller in die Anwendung zu bringen und vor Ort
810 klimaneutralen Wohlstand zu schaffen. Dabei sollen neben den Universitäten auch die
811 Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen in den Blick genommen werden.
812 Bislang profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht im selben Maße wie
813 Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung sehr stark. Um das zu
814 verbessern, wollen wir die Antrags- und Finanzierungsbedingungen der einschlägigen Programme
815 in den Blick nehmen.

816 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies gilt
817 beispielsweise für die Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC), die sich besonders der
818 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder Weiterbildungsprogrammen. Durch

819 eine Stärkung des Wissensdreiecks von Hochschulbildung, Forschung und Innovation können wir
820 möglichst vielen eine Chance geben, sich in zentrale Zukunftsthemen einzubringen.

821 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem relevanten
822 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-privaten
823 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten. Wir möchten
824 hier eine Transparenzinitiative starten, bestehende Partnerschaften überprüfen und
825 sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker von diesen
826 Förderinstrumenten profitieren. Neben den bewährten Forschungsformaten sind auch
827 Langzeitstudien ein wichtiger Beitrag zu einer ausgewogenen Forschung.

828
829 Raumfahrt ist entscheidend für Europas technologische und strategische Souveränität. Europa
830 muss deshalb eine führende Rolle in der Raumfahrt spielen und braucht einen unabhängigen und
831 zuverlässigen Zugang zum Weltraum. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit der
832 Raumfahrtindustrie unter dem Grundsatz "New Space", etwa durch die Förderung neuer
833 Technologien und einen europäischen Launcher-Wettbewerb. Wir fördern das EU-
834 Weltraumprogramm, die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und das
835 Astronaut*innenprogramm. Mit einem europäischen Weltraumgesetz gehen wir international
836 voran, gewährleisten Nachhaltigkeit und schaffen Wachstumschancen und Rechtssicherheit für
837 europäische Unternehmen.

838 **Mit Europäischen Start-ups durchstarten**

839 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges Gründungsgeschehen. Hier
840 entstehen Start-ups und Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen einfacher und
841 schneller werden. Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedstaat One-Stop-Shops
842 gibt. Dort finden Gründer*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Ein digitaler Kompass
843 soll einen Überblick über alle Förderprogramme für Gründer*innen bieten. Mit einem Klick
844 ohne Umwege zur Antragstellung - das ist unser Ziel.

845 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für junge Unternehmen, damit der
846 Know-How-Transfer in der EU besser koordiniert wird. Mit einer europäischen Start-up
847 Strategie bündeln wir wichtige Maßnahmen für besseren Zugang zu Wagniskapital, zur Gewinnung
848 von Talenten und zu öffentlichen Aufträgen für junge Unternehmen. Dabei soll auch das
849 Potential von unterrepräsentierten Gruppen, insbesondere Frauen und Menschen mit
850 Migrationsgeschichte besser genutzt und unterstützt werden, so dass ihre Ideen gerechte
851 Chancen auf Umsetzung haben.

852 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit anderen EU-
853 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Gründungen in der
854 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige europäische Matching
855 Hubs ins Leben rufen, die private Investor*innen mit Gründer*innen an einen Tisch bringen,
856 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft. Eine gute Innovationsförderung besteht auch
857 darin, gute und verlässliche Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und Wirtschaft umsetzen und
858 nachhaltig zu sichern.

859 Für die Stärkung innovativer Start-ups und klimafreundlicher Industrie, gerade in
860 grenzüberschreitenden Regionen, möchten wir den Europäischen Fonds für regionale
861 Entwicklung (ERDF) ausbauen und verstärkt nutzen.

862 **Mittelstand und Handwerk fördern**

863 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und
864 des Handwerks sind Motor der europäischen Wirtschaft. Gerade in den ländlichen Räumen bieten
865 das Handwerk und KMU Arbeitsplätze und Stabilität. Sie entwickeln, produzieren, installieren
866 und warten beispielsweise Zukunftstechnologien wie Solaranlagen und Wärmepumpen. Europa lebt
867 vom Miteinander und den Problemlösern vor Ort. Gerade aber KMU, von Industrie bis Handwerk,

868 werden im Verhältnis besonders stark durch die Einführung neuer Regelungen und bürokratische
869 Hürden bei Förderprogrammen belastet. Wir werden deshalb die KMU-Tests verbessern und
870 konsequent anwenden, mit denen die Auswirkungen von neuen Gesetzen auf KMU entsprechend dem
871 „Think small first“ Prinzip immer vorab überprüft werden, und entsprechend entlastende
872 Anpassungen vornehmen. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und
873 Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein und unterstützen bei der Umstellung. Die
874 Ausbildung in den Handwerksbetrieben fördern wir besonders. Durch vereinfachte
875 Antragsverfahren und reduzierte Berichtspflichten erleichtern wir den Zugang von KMU zu
876 Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-Quoten stellen wir
877 sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die Förderlandschaft in
878 der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit nationalen Förderinstrumenten verzahnen.

879 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in der Praxis
880 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um
881 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder
882 zu streichen. Wir bevorzugen, wenn möglich und gleich effektiv, eine gestufte und flexible
883 Regulierung für Unternehmen anstatt einer harten Regulierung. Beispielsweise wollen wir die
884 Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die A1-Bescheinigungen durch einen
885 praktikableren Ansatz mit pragmatischen Lösungen für kleine Betriebe ersetzen.

886 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch
887 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter
888 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital erfolgen.
889 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von
890 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit
891 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der
892 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu können. Die
893 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

894 **6. Digitale Souveränität**

895 **Europa digital fit machen**

896 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Sie
897 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder Energie völlig
898 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung und für
899 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das
900 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer
901 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und
902 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

903 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer
904 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit stärkt, und einer
905 Digitalisierung, die aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen Bürger*innen
906 entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in diesem Wettstreit selbstbewusst
907 positionieren und einen großen Schritt machen, um attraktiver Standort für Talente und
908 innovative Unternehmen zu sein und so die rasante digitale Entwicklung mitzugestalten. Wir
909 wollen deshalb die digitale Souveränität Europas sichern, stärken und ausbauen.

910 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine resiliente und
911 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte,
912 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die
913 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, sei es die
914 Produktion und Entwicklung von Halbleitern, Satellitenkommunikation oder Mobilfunktechnik.
915 Die Anbindung an die globale Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten,
916 wollen wir mit starken europäischen Akteuren gestalten.

917
918 Digitale Souveränität bedeutet die Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien wie
919 Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing und -kommunikation in Europa. Auch hier können wir
920 auf starke europäische Unternehmen in verschiedenen Sektoren setzen und stärken diese
921 Entwicklung mit einer Bündelung von Maßnahmen zum Beispiel zielgerichteten Investitionen im
922 Rahmen des Investitionsprogramms für Innovation, Souveränität und Resilienz.

923
924 Dabei setzen wir uns, wo immer es möglich ist, für die Bevorzugung von freier und
925 quelloffener Software und Open Data Lösungen ein. Gerade bei kritischen Infrastrukturen muss
926 die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass es
927 europäische Standards zur IT-Sicherheit ohne Hintertüren und innovative digitale Angebote
928 "made in EU" gibt, beispielsweise Software zur Steuerung von Energie- und Wasserversorgung,
929 Bahninfrastruktur oder auch Krankenhausinformationssystemen.

930 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben mitzudenken. Wir
931 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen Prozess
932 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und effizienter erbracht
933 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln
934 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen Praxis
935 handhabbar zu machen.

936 **Künstliche Intelligenz europäisch gestalten**

937 Die Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine riesige Chance für
938 viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben vereinfachen und unseren
939 Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Bildung und Wissenschaft, Verwaltung und
940 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können dabei helfen,
941 den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den Ernteertrag
942 erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.

943
944 Gleichzeitig zeigen sich durch die rasanten Fortschritte von KI neue Risiken. Diese reichen
945 von großflächigen Cyberattacken durch KI-unterstützte Schwachstellensuchen über die
946 strukturelle Benachteiligung von gesellschaftlichen Gruppen bis zu Risiken wie fehlerhaften
947 Situationsbewertungen beim autonomen Fahren. Wir wollen KI nach unseren gemeinsamen Werten
948 einsetzen, um einen effektiven Schutz der Menschenrechte und Gleichberechtigung zu
949 gewährleisten. Wir unterstützen daher Forschung und Technologiefolgenabschätzung, die die
950 Einführung dieser Technologie begleiten sollen, und setzen uns für eine Regulierung nicht
951 nur auf europäischer sondern auch auf globaler Ebene ein. Wir unterstützen den Ansatz, KI-
952 Anwendungen hinsichtlich ihres potenziellen Risikos zu regulieren und wo erforderlich die
953 zugrundeliegenden Quelldaten transparent zu machen.

954
955 Mit dem EU AI Act macht Europa einen großen Schritt in diese Richtung, der weltweit
956 wahrgenommen und genau beobachtet wird. Wir wollen die Potenziale von KI gestalten und
957 nutzbar machen. Dafür benötigen wir neben Verfügbarkeit von Rechenkapazität auch
958 Fachkräfteförderung, eine bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei
959 Forschung und Transfer.

960 Neben der internationalen Etablierung von ökologischen IT-Standards wollen wir
961 Nachhaltigkeitsstandards für Software-Designs entwickeln und implementieren, zudem wollen
962 wir energieintensive Rechenzentren künftig klimaneutral betreiben. Für Software und
963 vernetzte Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-Plattformen,
964 Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU
965 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Wir fordern einen Digital Sustainability Act auf EU-
966 Ebene, um die Innovationskraft der Unternehmen in den Informationstechnologien stärker auf

967 Nachhaltigkeit auszurichten. Zudem wollen wir eine Abwärmeinfrastruktur von Rechenzentren in
968 die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

969 **Daten rechtebasiert nutzen**

970 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für zahlreiche
971 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten leistet einen
972 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche gesellschaftliche
973 Probleme anzugehen sowie soziale und ökologische Innovationen zu fördern, Ressourcen zu
974 schonen und die wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

975 Wir wollen, dass Europa bei der Verfügbarkeit von Daten einen entscheidenden Schritt voran
976 geht, da diese kritisch für unsere Wettbewerbsfähigkeit sind. Das betrifft die Entwicklung
977 von KI, den Erfolg europäischer KI-Modelle und unsere Innovationsfähigkeit insgesamt. Dafür
978 wollen wir nicht-personenbezogene Daten rechtebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich
979 machen. Für den leichteren Zugang zu personenbezogenen Daten prüfen wir Verfahren zur
980 Anonymisierung, Pseudonymisierung und die Möglichkeiten synthetischer Datengenerierung. Wir
981 haben dazu beigetragen, dass dieses Prinzip bei der Gesetzgebung zur Nutzung und dem
982 verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt
983 wurde. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die öffentliche Verwaltung ihre Daten in
984 maschinenlesbaren Formaten veröffentlicht. Projekte wie die Smart City Barcelona können ein
985 Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation
986 vorangetrieben werden.

987 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den vergangenen
988 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes von
989 personenbezogenen Daten gesetzt.

990 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings unterschiedlich. Während
991 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln
992 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso
993 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der
994 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können, die für
995 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke und KI
996 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche und
997 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger*innen-Rechte wirksam zu
998 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, die eine
999 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen. Die anstehende Evaluation der
1000 DSGVO wollen wir nutzen, um die Regelungen bei gleichbleibendem Datenschutzniveau zu
1001 vereinfachen und praxistauglicher zu machen, auch um den besonderen Bedürfnissen von KMU und
1002 Start-Ups Rechnung zu tragen.

1003 Durch die Digitalisierung von Datenschutzvereinbarungen und einer automatisierten
1004 Auskunftsmöglichkeit über erhobene personenbezogene Daten sehen wir weitere Potenziale,
1005 Nutzer*innen in der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu
1006 vereinfachen und allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Damit ermöglichen wir Nutzer*innen
1007 mehr Transparenz und Kontrolle über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten. Darüber
1008 hinaus erleichtert der Ansatz es Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden
1009 und so die für KI-Modelle notwendigen Datenpools zu erzeugen.

1010 **Digitale Standards setzen**

1011 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A und O einer
1012 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards gefördert
1013 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale
1014 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige
1015 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und

1016 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche
1017 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-
1018 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen
1019 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

1020 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der Interoperabilität:
1021 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität bezeichnet
1022 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und
1023 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch, ohne
1024 manuelle Zuarbeiten oder Medienbrüche. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher
1025 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise können
1026 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
1027 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

1028 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum Durchbruch verhelfen
1029 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).
1030 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume und
1031 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa
1032 riesige Chancen bieten.

1033 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten
1034 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen erarbeiten
1035 Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-Schnittstellen
1036 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

1037 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein. Willkürlichen Konsortien
1038 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung daher ebenso
1039 für Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen.
1040 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr
1041 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese
1042 demokratische Governance zu wachen und für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen.
1043 Diese Standards sollen frei verfügbar und ohne Lizenzgebühren nutzbar sein. Die EU kann
1044 darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag
1045 dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

1046 **Verbraucherschutz digitalisieren**

1047 Desinformation und Hass nehmen immer mehr Raum in digitalen Medien ein und gefährden das
1048 soziale Miteinander. Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen in der
1049 Gesellschaft und unserer Demokratie muss sich im Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In
1050 den vergangenen Jahren hat die EU hier bedeutende Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem
1051 DMA haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um klare Regeln im Internet zu schaffen und
1052 Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko
1053 bewerten, dass ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und wo nötig
1054 Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin erhalten Wissenschaftler*innen und NGOs
1055 Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu
1056 machen. Dabei sind gerade auch die werbe- und trackingbasierten Geschäftsmodelle auf den
1057 Prüfstand zu stellen, deren Algorithmen bevorzugt emotionalisierende Inhalte zeigen, um
1058 Nutzer*innen an die jeweilige Plattform zu binden.

1059
1060 Jetzt gilt es, den DSA und den DMA in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und
1061 aufgrund der durch Datenzugänge gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum
1062 Schutz von Verbraucher*innen im digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden;
1063 hierzu wollen wir auf nationaler und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen
1064 stärken. Die Regulierung digitaler Plattformen muss die Dominanz großer digitaler

1065 Marktplätze stärker in den Blick nehmen. Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch
1066 zu Grundrechtsverletzungen dieser Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

1067
1068 Ergänzend zu den Regeln des digitalen Verbraucherschutz ist auch die digitale Bildung ein
1069 wichtiger Baustein, um die Rechte und die Teilhabe aller Bürger*innen an der digitalen
1070 gesellschaftlichen Debatte zu gewährleisten und ihre Informationskompetenz zu stärken.

1071 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten und
1072 Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet sein, dass
1073 KMU ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden wir nötigenfalls
1074 das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Digitale Geschäftsmodelle müssen sparsam mit der Nutzung
1075 personenbezogener Daten umgehen. Wir wollen die Rechte von Nutzer*innen auf digitalen
1076 Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen sollen
1077 miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher Dienste miteinander
1078 in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und verbessert,
1079 damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf zurückgreifen können.

1080 **7. Kreislaufwirtschaft**

1081 **Ressourcenverbrauch und Rohstoffabhängigkeiten reduzieren**

1082 Der Verbrauch und die Verschwendung von Ressourcen trägt zu den ökologischen und sozialen
1083 Krisen unserer Zeit bei. Wir werden uns daher auch auf europäischer und internationaler
1084 Ebene für verbindliche Ressourcenschutzziele einsetzen, um den absoluten Ressourcenverbrauch
1085 zu senken, damit unsere Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen kommt.

1086
1087 Für eine klimaneutrale Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir
1088 Rohstoffe, denn sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach. Laut
1089 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen Rohstoffen allein
1090 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des Pariser
1091 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des
1092 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien
1093 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu
1094 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die
1095 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine Rohstoffquellen
1096 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Eine besonders wichtige Rolle
1097 nimmt dabei die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Sekundärmaterialien ein. Wir
1098 setzen uns deshalb für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige
1099 und verpflichtende Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der
1100 europäischen Wirtschaft zu gewährleisten.

1101 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für mehr
1102 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65 Prozent der
1103 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser Ansatz der
1104 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des Rohstoffverbrauchs und
1105 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper
1106 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die
1107 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der
1108 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei ambitionierte
1109 Nachhaltigkeitsziele verfolgt. Für mehr Rohstoffsicherheit und Umweltschutz wollen wir
1110 zeitnah noch offene Gesetzesvorhaben aus dem Green Deal und den Aktionsplan für eine
1111 Kreislaufwirtschaft und unter Einhaltung der Abfallhierarchie umsetzen. Dabei setzen wir auf
1112 ambitionierte Vermeidungs-, Wiederverwendungs- und Rezyklateinsatzziele, sowie mehr
1113 Ecodesign statt Downcycling.

1114 **Zirkulär wirtschaften**

1115 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine
1116 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir
1117 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das
1118 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft
1119 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast,
1120 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert
1121 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine
1122 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines „Designs for
1123 Re-Use, Repair and Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun
1124 auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere
1125 Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den
1126 gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch
1127 die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind. Wir treten für eine
1128 Kreislaufwirtschaft ein, die den Erhalt und die Sanierung des Gebäudebestands priorisiert,
1129 die Wiederverwendung von Bauprodukten fördert und den Ausbau von digitalen Bauteilbörsen
1130 unterstützt. Wir setzen auf ökologische und recycelte Bauprodukte, den digitalen Gebäudepass
1131 und einen digitalen Baustoff- und Bauteilpass.

1132 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es einfacher und
1133 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden Ressourcen unnötig
1134 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren
1135 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur stärken, eine
1136 Pflicht zur Bereitstellung von Ersatzteilen einführen und die Zerstörung von Neuwaren
1137 minimieren. Transparenz und Verlässlichkeit für Verbraucher*innen durch einen Haltbarkeits-
1138 und Reparaturindex etwa für Haushaltsgroßgeräte und längere Gewährleistungsfristen können
1139 dabei zentrale Ansätze sein. Auch das Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel
1140 soll so bald ein Ende haben. Darüber hinaus wollen wir Möglichkeiten stärken, Produkte unter
1141 sozialgerechten Rahmenbedingungen zu mieten und zu leihen.

1142
1143 Wir wollen auf der EU-Textilstrategie aufbauen und eine kreislauffähige Textilproduktion mit
1144 besserer Haltbarkeit, Reparaturmöglichkeit, Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit
1145 erreichen. Dafür wollen wir alternative Geschäftsmodelle wie Reparatur, Miet- und Sharing-
1146 Dienste für Textilien fördern.

1147 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund lückenhafter
1148 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der neuen
1149 Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir wollen weltweit die
1150 Plastikverschmutzung stoppen und setzen uns dafür ein, dass Plastikmüllexporte in
1151 Drittstaaten gänzlich beendet werden. Die EU soll bei den derzeit laufenden Verhandlungen
1152 über ein globales Plastikabkommen für weltweit verbindliche Regeln für nachhaltiges
1153 Produktdesign und zur Förderung von Plastikvermeidung, Mehrweg und Recycling eintreten.

1154 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen europäischen Ansatz,
1155 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent effektiv
1156 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und die
1157 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
1158 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards
1159 ambitioniert voranbringt. Den Abbau von Rohstoffen im Tagebau wollen wir möglichst
1160 reduzieren.

1161 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern, Infrastrukturen,
1162 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang nicht
1163 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und
1164 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen von

1165 digitalen Lösungen nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen
1166 wir neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen
1167 Primärrohstoffen.

1168 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit einführen und gegenüber Einwegverpackungen
1169 Vorrang einräumen. Um die nationalen Sammelquoten für Batterien zu erreichen, wollen wir ein
1170 europaweites Pfandsystem für Batterien schaffen. Eine Wiederverwendung hat dabei immer
1171 Priorität vor dem Recycling. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte
1172 durch weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von
1173 Natrium-Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

1174 **Rohstoffpartnerschaften schließen**

1175 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten, setzen wir uns
1176 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und strategische
1177 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu vertiefen.
1178 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership
1179 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

1180 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern
1181 weltweit vertiefen und diese dadurch bei der Um- und Durchsetzung der UN-
1182 Nachhaltigkeitsziele und internationaler Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen
1183 Kooperationsangebote nicht einseitig am europäischen Versorgungsinteresse ausrichten,
1184 sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu
1185 erhöhen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam grüne Lieferketten der Zukunft aufbauen und die
1186 Bevölkerung dadurch an den Gewinnen aus dem Ressourcenabbau beteiligen. Wir wollen Länder
1187 bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere Finanzierungsinitiativen unterstützen
1188 und in diesem Kontext auch den Ausbau von Transport- und Energieinfrastruktur fördern.

1189 **8. Moderne Mobilität**

1190 **Europas Verkehrswende voranbringen**

1191 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa klimafreundlich, barrierefrei, sicher
1192 und bezahlbar mobil zu sein. Wir setzen uns dafür ein, dass klimafreundliche Mobilität auch
1193 preislich am attraktivsten und für alle erschwinglich ist. Dazu gehört, dass Menschen sich
1194 auch ohne eigenen Personenkraftwagen komfortabel bewegen können. Damit das gelingt,
1195 modernisieren wir das europäische Bahnnetz und machen es zum Rückgrat der
1196 Infrastrukturunion. Für eine erfolgreiche Verkehrswende in ganz Europa brauchen wir
1197 grenzüberschreitend moderne, gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge, ein
1198 engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, barrierefreien Fußgängerverkehr, den Ausbau der
1199 E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz, klimafreundlichen Flug- und Schiffsverkehr
1200 und attraktive Angebote, um verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren. Dazu tragen
1201 integrierte Stadtentwicklung und Raumplanung mit dem Konzept der kurzen Wege entscheidend
1202 bei. Mit dem Instrument der Sustainable Urban Mobility Plans (SUMPs) wollen wir dies in
1203 allen größeren Städten Europas voranbringen. Innovative Verkehrsmittel und neue
1204 Mobilitätslösungen wie beispielsweise Seilbahnen oder autonom fahrenden ÖPNV wollen wir
1205 unterstützen.

1206 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und selbstbestimmtes
1207 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir setzen uns dafür
1208 ein, dass das europäische Bahnnetz weiter entwickelt wird, auch um damit klimafreundlichen
1209 Tourismus in Europa zu fördern. Dafür muss der Ausbau der Transeuropäischen Netze Verkehr
1210 (TEN-V) Schiene deutlich schneller und mit einem höheren Finanzierungsanteil der EU
1211 erfolgen. Auch die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer
1212 Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns Priorität. Wir wollen weitere Anreize für die
1213 Verlagerung von Gütern auf die Schiene und die Binnenschifffahrt schaffen. Dafür benötigen

1214 wir ein europaweit einheitliches Güterzugnetz mit Schnellverladeterminals für Kombinierte
1215 Verkehre, an denen LKW-Ladungen auf Züge umgeladen werden können. So machen wir den
1216 umweltfreundlichen Transport von Gütern wettbewerbsfähiger, verlässlicher und günstiger.
1217 Mittelfristig wollen wir den Deutschlandtakt zu einem Europatakt ausbauen.

1218 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken innerhalb
1219 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver Ausbau des
1220 barrierefreien
1221 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte Trassenpreise,
1222 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der
1223 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne
1224 Schlafwagen ein.

1225 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große
1226 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung. Insbesondere das
1227 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale, ressourceneffiziente
1228 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für eine
1229 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die Förderung
1230 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

1231 **Tickets einfach buchen**

1232 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in
1233 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können wir
1234 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, grenzüberschreitend durchgehende Fahrkarten
1235 einschließlich Sharing-Angeboten sowie Ein- und Ausstiegshilfen für alle anzubieten. Dabei
1236 werden jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht. Reisende
1237 werden anschauliche und transparente Informationen zu den Kosten, Fahrzeiten, zur
1238 Barrierefreiheit sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die für sie
1239 beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, müssen Buchungen
1240 einfacher erfolgen.

1241 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten. Interrailtickets sollten
1242 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwerten Reisen einladen und deshalb
1243 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen
1244 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen
1245 betrieben wird.

1246 Auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine konsequente Umsetzung des Open-
1247 Data-Prinzips mit offenen Schnittstellen dafür sorgen, dass europaweit Mobilitätsangebote
1248 für alle leicht und günstig nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination
1249 verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon
1250 profitieren. Um klimafreundliche und barrierefreie Mobilität zu fördern, wollen wir
1251 Fahrgästen in neuen Zügen die Fahrradmitnahme ermöglichen und das Recht auf Mittransport
1252 notwendiger Mobilitätshilfen kostenlos sicherstellen.

1253 Daneben wollen wir in Europa das Flatrate-Prinzip im ÖPNV stärken, das wir mit dem
1254 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-Ticket soll
1255 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden Austausch zu
1256 stärken. Flatrate-Tickets mit ähnlichem Prinzip sollen gegenseitig anerkannt werden. So
1257 erreichen wir Schritt für Schritt, dass man mit einem Europaticket den Nahverkehr in der
1258 gesamten EU nutzen kann.

1259 **Antriebswende umsetzen**

1260 Für klimaneutrale Mobilität wollen wir umfassende Angebote gestalten: Ein attraktiver ÖPNV
1261 ermöglicht eine Verkehrswende, und im Zusammenspiel mit integrierter Stadtplanung für

1262 kürzere Wege sogar eine Mobilitätswende. So ermöglichen wir komfortable Fortbewegung auch
1263 ohne eigenes Auto mit zuverlässigen und kostengünstigen Angeboten für alle. Und für das
1264 Klima arbeitet im Kern der Mobilitäts- und Verkehrswende die Antriebswende, die dafür sorgt,
1265 dass sich die Dinge klimaneutral und leise bewegen. Es muss das Prinzip gelten, so viele
1266 Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Den Einsatz
1267 von grünem Wasserstoff und den darauf basierenden E-Fuels unterstützen wir im Schiffs- und
1268 Luftverkehr. Im Straßenverkehr jedoch lehnen wir den Einsatz von E-Fuels aufgrund von
1269 mangelnder Energieeffizienz, sowie ebenfalls mangelnder Klima- und Umweltfreundlichkeit ab.
1270 Grünen Wasserstoff fördern wir im Straßenverkehr nur im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge.

1271 Die Automobilindustrie bietet als zentraler Industriezweig viele Arbeitsplätze. Wir wollen
1272 die Industrie - und insbesondere die dort Beschäftigten - auf dem Weg zu klimaneutralen und
1273 ressourceneffizienten Mobilitätsangeboten unterstützen. Die EU hat in einer historischen
1274 Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu
1275 zugelassen werden dürfen. Bis 2030 sollen Emissionen bei neuen PKW zudem gegenüber 2021 um
1276 55% reduziert werden. Die CO₂ Reduktion der PKW Antriebe bis 2035 soll dabei konsequent und
1277 noch ambitionierter als bislang beschränkt werden. Das ist gut für den Wirtschaftsstandort
1278 Deutschland, den Klimaschutz und die Verbraucher*innen. Nun wollen wir sicherstellen, dass
1279 mit einem E-Auto ebenso problemlos zum nächsten Bahnhof wie in den Familienurlaub gefahren
1280 werden kann. Den Grundstein für eine flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente
1281 Ladeinfrastruktur für alle Verkehrsmittel haben wir bei der Reform der Verordnung über
1282 alternative Kraftstoffe gelegt: In den nächsten Jahren werden ausreichend Ladepunkte für Pkw
1283 und Lkw an Fernstraßen und im ländlichen Raum errichtet. Ladepunkte müssen ihre Preise
1284 transparent ausweisen. Kund*innen müssen einfach, transparent und ohne überhöhte
1285 Roaminggebühren bezahlen können. Auch für E-Fahrzeuge wollen wir Anreize schaffen, sie
1286 leichter und noch energieeffizienter zu machen.

1287 Der Anteil des Güterverkehrs, der auf der Straße bleibt, wird in Zukunft zu einem weit
1288 überwiegenden Teil batterieelektrisch abgewickelt. Dazubraucht es den schnellen Ausbau der
1289 Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen entlang der europäischen Fernstraßen, in den Depots und
1290 Güterverteilzentren. Dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt und werden dies weiter tun.
1291 Gleichzeitig braucht es eine effiziente Ertüchtigung der Netze, um sie für die neue Aufgabe
1292 zukunftsfähig aufzustellen.

1293 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und Entwicklung durch
1294 Effizienzstandards stärker an Kreislaufwirtschaft, sowie genereller Energie- und
1295 Ressourceneffizienz orientiert werden. So wollen wir größere Anreize für Hersteller
1296 schaffen, um leichtere und effizientere Lösungen anzubieten und Emissionen, beispielsweise
1297 durch Reifen- und Bremsabrieb zu reduzieren. Mit verbraucher*innenfreundlichen Informationen
1298 über Gewicht und CO₂-Fußabdruck von Fahrzeugen sorgen wir für mehr Transparenz und
1299 erleichtern Kaufentscheidungen.

1300
1301 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die
1302 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin,
1303 fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen
1304 Energieversorgung in Häfen. Für Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer
1305 klimaneutralen Landstromversorgung. So werden fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in
1306 einer Generation der Vergangenheit angehören. Wir erarbeiten eine Europäische
1307 Hafenstrategie, die faire Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Häfen sicherstellt
1308 sowie die Resilienz des europäischen maritimen Standorts auch gegenüber ausländischen
1309 Investoren stärkt, die den Erwerb und sonstige Kontrolle der europäischen maritimen
1310 Infrastruktur im Blick haben. Die Hafenstrategie optimiert den Investitionsbedarf, stärkt
1311 unseren Kontinent bei globalen Versorgungsketten und schützt vor zu viel Einfluss von

1312 autoritären Staaten. Wir benötigen sie zudem, um weitere ökologische Schäden durch
1313 Standortwettbewerb um immer tiefere Fahrrinnen zu verhindern. Für eine gute
1314 Hinterlandanbindung fördern wir Bahn und Binnenschifffahrt. Durch die Einbeziehung des
1315 Schiffverkehrs in den EU-Emissionshandel, erreichen wir eine verbindliche
1316 Emissionsminderung.

1317
1318 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen
1319 Technologien. Die Verlagerung des Flugverkehrs hin zu klimafreundlicheren Alternativen -
1320 insbesondere für Kurzstrecken - bleibt dabei unser Ziel. Wir fordern die europaweite
1321 Einführung einer Luftverkehrsabgabe in Anlehnung an den Energiegehalt, ähnlich wie sie in
1322 Deutschland bereits erhoben wird. Die daraus resultierenden Einnahmen sollen mehrheitlich
1323 dem EU-Haushalt zugutekommen. Europäische Fluggesellschaften sollen dadurch nicht gegenüber
1324 ihren internationalen Mitbewerbern benachteiligt werden.

1325 **Verkehr sicher machen**

1326 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Sie hat das Ziel, dass es keine
1327 Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten mehr gibt. Wir setzen uns für eine sichere
1328 Verkehrsinfrastruktur für alle, insbesondere für Kinder und ältere Menschen ein. Kommunale
1329 Entscheidungshoheit über Tempo 30 innerorts sowie ein EU-weites Tempolimit auf
1330 übergeordneten Straßen bleiben unser Ziel. Die freiwillige Nachrüstung von
1331 Abbiegeassistenzsystemen in LkW wollen wir weiter fördern, um schnell eine möglichst
1332 vollständige Abdeckung zu erreichen.

1333 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für ambitioniertere
1334 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen wir stärker
1335 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-
1336 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für
1337 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik anpassen.
1338 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die Gesundheitsbelastung der
1339 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide, (Ultra-
1340)Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit minimiert werden.
1341 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte. Wir
1342 streben zudem die Harmonisierung der europäischen Regeln für Umweltzonen an.

1343
1344 Im unteren Luftraum müssen sich neue Mobilitätsformen daran messen lassen, welchen Nutzen
1345 sie für die Gesellschaft haben. Wir setzen uns deshalb für Regelungen ein, die diese nur im
1346 Einklang mit dem Schutz von Menschen, Natur und Umwelt und unter hohen
1347 Sicherheitsanforderungen erlaubt. Das Recht der Kommunen, sich aktiv an der Planung und
1348 Ausgestaltung von Lufträumen für den Drohnenbetrieb über ihrem Territorium zu beteiligen,
1349 wollen wir stärken.

1350 **9. Intakte Natur**

1351 **Unsere Natur bewahren**

1352 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft, unser
1353 Überleben hängen von ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie
1354 auch in Zukunft noch verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende
1355 Aufgabe der Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume
1356 – von den nahezu unberührten Wäldern Nord- und Südosteuropas, über unzählige Seen und
1357 vielfältige Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin zum Mittelmeer – unser
1358 Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit für unseren Kontinent steht.

1359 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den vergangenen
1360 Monaten große Durchbrüche erzielt:

1361 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL) sowie die
1362 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN zum Schutz
1363 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der Land- und
1364 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen
1365 sogar unter besonderem Schutz. Jetzt gilt es, die vereinbarten Ziele und
1366 Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und
1367 dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen. Wir setzen uns deshalb ein für
1368 die Schaffung eines Netzwerks von gut überwachten und wirksamen Schutzgebieten an Land und
1369 auf dem Meer, inklusive Nullnutzungszonen. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich
1370 besser geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals
1371 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit
1372 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen
1373 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige Wiederherstellung der
1374 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine deutlich
1375 verbesserte Naturschutzfinanzierung und eine Ausrichtung der Agrar- und
1376 Fischereisubventionen auf eine ökologische Nutzung sind zum Erreichen der globalen und
1377 europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds im EU-
1378 Haushalt ein. Finanzieren wollen wir die Wiederherstellung der Natur mit dem umfassenden
1379 Abbau umweltschädlicher Subventionen. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den
1380 Weg der Erholung geführt werden. Wir arbeiten hin auf eine schnelle und vollständige
1381 Umsetzung der Ziele und Zwischenziele. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht
1382 verantwortbare Risiken, wie die Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder
1383 Arten durch gentechnische Methoden, ausgeschlossen werden.

1384
1385 Wir wollen den Rechtsrahmen auch im Umweltrecht stärken. Zur Verfolgung von Umweltverbrechen
1386 unterstützen wir die Reform der EU-Umweltstrafrechts-Richtlinie sowie die Ächtung von
1387 schwersten Umweltverbrechen im Rahmen der Ergänzung des Römischen Statuts des
1388 internationalen Strafgerichtshofs. Gleichzeitig setzen wir uns in Deutschland und in der EU
1389 dafür ein, eine weitere Versiegelung von Agrar-, Wald- und Naturböden europaweit schnell und
1390 konsequent zu verringern mit dem Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft.

1391 **Artenvielfalt retten**

1392 Neben der Klimakrise ist die Biodiversitätskrise - das rasante Artensterben - die zweite
1393 globale Krise, die unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit bedroht. Beide Krisen
1394 bedingen einander. Wesentliche Ökosystemdienstleistungen wie Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit,
1395 Erosionsschutz, Wasser- und Kohlenstoffspeicherung sowie der Erholungsfunktion sind bedroht.
1396 Gleichzeitig ist eine intakte Natur unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die
1397 Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen daher gemeinsam gedacht werden. Deshalb
1398 verbinden wir die schnellere Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und den Ausbau von
1399 Erneuerbaren Energien mit der Einhaltung höchster ökologischer Schutzstandards, insbesondere
1400 der europäischen Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie.

1401 Um Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam zu begegnen, wollen wir besonders den
1402 natürlichen Klimaschutz fördern. Wir Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von
1403 Mooren und Auen, Erhalt und Renaturierung artenreichen Grünlandes, ein naturnaher Waldumbau,
1404 der auch Tiere und Pflanzen schützt, und effektiver Meeresschutz.

1405 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis ausreichend
1406 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte
1407 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern gehören die Ozeane
1408 zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrisen.

1409 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier-
1410 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein

1411 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger
1412 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und
1413 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten
1414 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen
1415 und der Schutz insbesondere von Schlüsselarten, die für das Funktionieren der
1416 Lebensgemeinschaften essentiell sind, müssen deshalb immer mit hoher Priorität
1417 berücksichtigt werden. Wir wollen ökologische Landwirtschaft und naturnahe
1418 Waldbewirtschaftung fördern. Das schont unsere Böden ebenso wie Tiere und Pflanzen und
1419 erhöht die Biodiversität. Die Wälder Europas sind stark gefährdet durch die Folgen der
1420 fortschreitenden Klimakrise. Wir setzen uns ein für die Abkehr von einer monokulturellen
1421 Bewirtschaftung, deutlich weniger Pestizideinsatz und für eine naturnahe Umgestaltung
1422 vorrangig auf Basis von Naturverjüngung. Den wertvollen Altbestand an Wäldern in Europa
1423 wollen wir erhalten und 10% der Wälder Europas für eine natürliche Entwicklung
1424 bereitstellen. Illegale Rodungen und Kahlschlag müssen beendet werden. Stattdessen soll
1425 Wiederbewaldung gezielt gefördert werden. Dafür braucht es europaweit einheitliche
1426 ökologische Mindeststandards für die Forstwirtschaft. Naturholz ist ein vielfältig
1427 einsetzbarer Rohstoff für Bauen und Wohnen, der zu wertvoll ist, ihn in Großkraftwerken zu
1428 verbrennen. Im Hinblick auf die zunehmende Trockenheit und Hitze brauchen wir außerdem eine
1429 europäische Waldbrandstrategie, die durch umfassende präventive Maßnahmen, naturnahe Wälder,
1430 die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die Brandgefahr eindämmt.

1431 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander
1432 vernetzen. Das Ziel ist eine tragfähige grüne Infrastruktur für Europas Natur. Das Natura-
1433 2000-Netzwerk wollen wir in einen guten Erhaltungszustand versetzen und mit Korridoren, die
1434 den Austausch stärken, verknüpfen. Denn intakte Lebensräume und genetische Vielfalt fördern
1435 die Resilienz unserer Ökosysteme und schaffen somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert.
1436 Die Korridore sollen in engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen, Waldbesitzer*innen
1437 und Förster*innen entstehen. Finanzielle Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen
1438 sollen dem Ziel dienen, nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und den
1439 Erhalt der Artenvielfalt fördern. Maßnahmen ökologischer Landnutzung wie multifunktionale
1440 Agroforstsysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können hierbei wichtige Werkzeuge
1441 sein, um eine Vernetzung von Biotopen und neue Lebensräume zu schaffen. In diesem Rahmen
1442 wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und Ausweichschutzgebiete für
1443 kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene Arten schaffen.

1444 Das Montrealer Weltnaturabkommens wollen wir durch einen globalen Umsetzungsmechanismus mit
1445 konkreten Instrumenten voranbringen. Das Ziel ist, die Natur auf 30% der Erdoberfläche
1446 wirksam zu schützen und 30% der bereits beanspruchten Fläche zu renaturieren. Hierzu müssen
1447 die von der EU zugesagten Finanzmittel rasch, wirksam und partnerorientiert eingesetzt
1448 werden. Globale Biodiversitäts-Partnerschaften sollen umfassende Kooperationen zum Schutz
1449 der Ökosysteme und der Renaturierung ermöglichen - auch zusammen mit zivilgesellschaftlichen
1450 und kommunalen Akteuren.

1451 **Umwelt schützen**

1452 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und Biodiversitätskrise die
1453 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie
1454 belastet die Ökosysteme und unsere Gesundheit. Eine zentrale Rolle spielt dabei
1455 Umweltbelastung durch Chemikalien und Plastikmüll. Wir wollen dafür sorgen, dass auch hier
1456 die planetare Grenzen eingehalten werden. Besonders vordringlich ist es, Stoffe in den Blick
1457 zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen sogenannte
1458 Ewigkeitschemikalien wie per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS). Diese werden seit
1459 Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern, Medizinprodukten, Textilien
1460 oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und

1461 insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch
1462 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die
1463 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger
1464 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu gefährden.
1465 Unter anderem durch sachgerechte Übergangsfristen wollen wir die Produktion von wichtigen
1466 Zukunftstechnologien weiterhin sicherstellen, aber zugleich durch eine Forschungsoffensive
1467 den Ersatz von PFAS auch in diesen Bereichen beschleunigen und die Forschung und Entwicklung
1468 giftfreier Produktionsmethoden stärken. Dabei orientieren wir uns am neusten Stand der
1469 wissenschaftlichen Erkenntnisse.

1470 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die Nachhaltigkeitsanforderungen
1471 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir
1472 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von
1473 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines
1474 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von
1475 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten berücksichtigt.
1476 Außerdem braucht es wirksame Strategien, die umweltschädlichen Auswirkungen von Chemikalien
1477 gemäß des Weltnaturabkommens bis 2030 zu halbieren. Um wichtige Umweltgüter besser zu
1478 schützen, wollen wir die Umwelthaftungsrichtlinie verbessern und das Verursacherprinzip
1479 umsetzen.

1480 Wir setzen uns in der EU für ambitionierte internationale Abkommen und Kooperationen ein, um
1481 globale Verschmutzung und umweltbelastende Praktiken einzudämmen. Unser Ziel ist es, im
1482 Rahmen der Kreislaufwirtschaft auch ein internationales Chemikalienrecht zu etablieren, das
1483 Risiken nach dem Vorsorgeprinzip berücksichtigt und die Produktion von nachweislich
1484 schädlichen Substanzen reguliert. Den Export von in der EU verbotenen Pestiziden in andere
1485 Länder lehnen wir ab.

1486
1487 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich aufstellen.
1488 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und nachhaltige
1489 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des Markthochlaufs von
1490 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte
1491 Industriepolitik.

1492 **Sauberes Wasser für alle**

1493 Mit der fortschreitenden Klimakrise nehmen auch in Europa extreme Dürren und
1494 Starkregenereignisse deutlich zu.. Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20
1495 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren, regional hat das zum Teil katastrophale
1496 Folgen. Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie, die Extreme abpuffert,
1497 sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in der Landwirtschaft und in den
1498 natürlichen Lebensräumen deckt. Wir brauchen Landschaften, Dörfer und Städte, die Wasser im
1499 Boden speichern, um uns durch die heißen und trockenen Sommer zu bringen. Sauberes Wasser
1500 für alle ist ein Grundrecht. Wir verringern den Wasserverbrauch durch die Förderung
1501 klimaangepasster Landbewirtschaftung, schützen Feuchtgebiete, renaturieren Gewässer,
1502 wiedervernässen die Moore und wollen immer mehr Flüsse wieder frei fließen lassen. Sauberes
1503 Wasser erhalten wir auch, indem wir die Schadstofflast im Wasser etwa durch Quecksilber oder
1504 PFAS reduzieren und das Verursacherprinzip bei den Einträgen von Schadstoffen und bei der
1505 Abwasserreinigung weiter stärken. Neben dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur müssen
1506 auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie noch im laufenden Jahrzehnt umgesetzt werden, um
1507 europaweit eine gute Qualität der Flüsse und Seen zu erreichen und die Übernutzung von
1508 Grundwasser und die dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu
1509 verhindern.

1510 Um die Folgen der Klimakrise stemmen zu können, wollen wir die Finanzmittel für die

1511 europäische Klimaanpassungsstrategie aufstocken, inklusive eines europäischen
1512 Hitzeaktionsplans für sektorübergreifende Maßnahmen, von Warnstufen bis zu
1513 infrastrukturellen Anpassungen. Der Ausbau des europäischen Katastrophenschutzes ist
1514 notwendig, um die zunehmenden Extremereignisse zu bewältigen.

1515 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten Wasserinfrastruktur und einem
1516 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse
1517 reduzieren wir indem wir Bächen und Flüssen wieder mehr Raum geben, durch eine
1518 Entsiegelungsoffensive sowie mehr Regenwasserspeicher. In den ländlichen Regionen
1519 unterstützen wir die Landwirtschaft bei der Schaffung eigener Wasservorräte durch die
1520 Entwicklung von Schwammlandschaften, in denen Wasser als Reserve für Dürrezeiten, zur
1521 Auffüllung des Grundwassers und für weitere Nutzungen wie Paludikultur, Fischzucht und als
1522 Freizeitgewässer angestaut wird. In den Städten helfen Grünflächen, Bäume, und
1523 Hausbegrünungen. Der Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung, verbessert die
1524 Luftqualität und steigert die Biodiversität. So bereiten wir unsere Städte besser auf die
1525 Folgen der Klimakrise vor.

1526 Wir brauchen europaweite Kooperationen, klare Grenzwerte und Regeln die dafür sorgen, dass
1527 länderübergreifende Wasserkrisen, wie an der Oder, zukünftig verhindert werden. Wir
1528 verschreiben uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in der EU in frei fließende Flüsse zu
1529 renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Den geplanten Oderausbau zu
1530 Verkehrszwecken wollen wir in Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten verhindern, weil dieser
1531 einen der letzten naturnahen und freifließenden Flüsse Europas gefährdet. Und wir setzen uns
1532 für einen verbindlichen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder
1533 landwirtschaftlicher Nutzung ein. Wasser gehört allen Menschen und ist kein
1534 Spekulationsobjekt. Daher lehnen wir die Privatisierung der Wasserversorgung ab.

1535 Die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser in der Landschaft werden wir in den
1536 Mittelpunkt stellen und durch Regeln und Anreize stärken, ob im Ackerbau durch
1537 trockenheitstolerante Kulturen oder Humusaufbau, im Gemüsebau durch Tröpfchenbewässerung, im
1538 Wald durch naturnahen, laubholzorientierten Mischwald oder in Gewerbe und Industrie durch
1539 sparsamere Prozesse, geschlossene Wasserkreisläufe, beschränkte Wasserentnahme,
1540 Kaskadennutzung und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf Kooperation innerhalb
1541 Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den trockenen Gebieten des
1542 Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

1543 **Tiere schützen**

1544 Wir ergreifen auch für Tiere konsequent Partei. Die Gesellschaft hat eine besondere
1545 Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir wollen, dass Europa alle Tiere durch
1546 konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen
1547 schützt. Denn Europäer*innen wollen Tierschutz: Sechs der zehn erfolgreichen europäischen
1548 Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein. Wir folgen diesem Wunsch und machen uns für
1549 Tierschutz als EU-Gemeinschaftsziel, eine explizite politische Tierschutzzuständigkeit in
1550 der EU-Kommission und EU-Fördergelder für Tierschutz stark. Wir fordern die Umsetzung der
1551 Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf
1552 dem europäischen Markt zu verbieten.

1553 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans zur
1554 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Internationale Artenschutzabkommen, insbesondere
1555 CITES und alle seine Anhänge, sind konsequent in der EU umzusetzen. Den kommerziellen
1556 Wildtierhandel wollen wir effektiv unterbinden. Dabei sollen gezielte Forschungs- und
1557 Artenschutzprogramme wissenschaftlicher Einrichtungen und sachkundiger Personen zu
1558 nichtkommerziellen Zwecken hauptsächlich mit dem Ziel der Auswilderung ermöglicht und die
1559 Haltung der Tiere verbessert werden. Der Import und Handel von illegal aus dem Herkunftsland

1560 exportierten Exemplaren soll unter Strafe gestellt werden. Wir sind für ein Einfuhrverbot von
1561 Jagdtrophäen von Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-
1562 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. Tierheime
1563 wollen wir unter anderem entlasten durch die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und
1564 Katzen sowie eine Positivliste für den Handel und die Haltung von Exoten. In Handelsabkommen
1565 setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein. Den Import von tierischen Produkten, bei
1566 denen Bedingungen nach EU-Tierschutzstandard nicht nachgewiesen wurden, wollen wir beenden.
1567 Wir wollen Tierschutz zu einem Ziel der nachhaltigen Entwicklung machen.

1568 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen erstellen, die die
1569 Experimente an Tieren für Kosmetik konsequent, für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte
1570 wo immer möglich beenden. Für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung soll die
1571 Anzahl der Tierversuche reduziert werden. Tierversuchsfreier Bildungs- und
1572 Ausbildungsinitiativen sollen gefördert werden. Die Entwicklung, Anerkennung und breite
1573 Anwendung von tierfreien Methoden in der Praxis wollen wir verstärken und beschleunigen. Sie
1574 sollen nach Anerkennung unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die Stelle
1575 von Tierversuchen treten. Dort wo noch nicht vollständig auf Tierversuche verzichtet werden
1576 kann, müssen sie für die Tiere so schonend wie möglich umgesetzt werden. Die in der EU
1577 geltenden Standards sollen auch für Importe aus anderen Teilen der Welt gelten.

1578 **10. Eine starke Landwirtschaft** 1579 **Gemeinsame Agrarpolitik neu aufstellen**

1580 Landwirt*innen versorgen uns in Europa mit einer Vielfalt an wertvollen Lebensmitteln.
1581 Gleichzeitig prägt die Landwirtschaft unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und
1582 Weinberge, die Europa auszeichnen. Wir wollen eine Landwirtschaft stärken, die im Einklang
1583 mit der Natur wirtschaftet, im Dienste aller Menschen, der Produzent*innen wie der
1584 Verbraucher*innen.

1585 Deshalb streben wir eine grundsätzliche Reform der europäischen Agrarpolitik an, bei der
1586 konsequent Leistungen für das Gemeinwohl insbesondere Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden,
1587 Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz honoriert werden und nicht das Eigentum an Fläche.
1588 Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von
1589 Pestizidanwendung, Düngung und Viehbesatz sowie für Fruchtfolgen, den Anbau von
1590 Eiweißpflanzen und extensive Grünlandwirtschaft. Die Förderungen sollen bürokratiearm sein,
1591 Planungssicherheit ermöglichen, nachhaltig wirken und unmittelbar bei den vor Ort
1592 arbeitenden Landwirt*innen - gerade auch kleineren Betrieben - ankommen. Ein guter Ansatz
1593 sind Stufen- und Punktesysteme, die eine klare Ausrichtung auf das Gemeinwohl, ökologische
1594 Maßnahmen sowie regenerative Systeme wie z.B. Agroforstsysteme haben und mehrjährige
1595 Maßnahmen fördern und Betriebe als System betrachten. Tierschutzförderung sollte
1596 verpflichtend von den Mitgliedsstaaten in ihren Strategieplänen angeboten werden, wir wollen
1597 zusätzliche Anreize für extensive Weidehaltung schaffen. Ein sich weiter entwickelnder
1598 Ökologischer Landbau soll das Leitbild der europäischen Agrarpolitik werden. Wir fordern
1599 eine klare Ausrichtung an den Zielen der Farm to Fork-Strategie und des Nature Restoration
1600 Law.

1601
1602 Bei der Förderung ländlicher Räume wollen wir neben der notwendigen Infrastruktur für ein
1603 gutes Leben und gesellschaftlichen Zusammenhalt den Fokus auf den (Wieder-)Aufbau einer
1604 dezentralen handwerklichen Lebensmittelverarbeitung, regionalen Wertschöpfungsketten sowie
1605 die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe und die Stärkung von
1606 Erzeugergemeinschaften legen. Auch im Energiebereich gibt es noch neue Potentiale für mehr
1607 Wertschöpfung z.B. durch Agri-Photovoltaik oder indem landwirtschaftliche Maschinen als
1608 Stromspeicher in der Energiewende genutzt werden.

1609

1610 Angesichts der großen ökologischen Herausforderungen in der Landwirtschaft sind wir auch auf
1611 weitere Innovation angewiesen. Die Digitalisierung kann helfen, die Landwirtschaft
1612 nachhaltiger zu gestalten. Beispielsweise durch GPS-gesteuerte Hackgeräte oder bei der
1613 Düngung. So können Düngemittel und Pestizide eingespart werden. Wir wollen dabei die Rechte
1614 der Landwirt*innen schützen, wenn es um die von ihnen erhobenen Daten und um den Zugang zu
1615 der Software ihrer Maschinen geht („right to repair“).

1616 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der Landwirtschaft
1617 tätigen Frauen und Männern, insbesondere auch Quereinsteiger*innen und
1618 Existenzgründer*innen, eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem wir regionale
1619 Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller - auch digital durch Produktpässe und
1620 Lieferkettenmonitoring - und das Lebensmittelhandwerk stärken, verbessern wir ihre
1621 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Damit fördern wir auch lokale Vertriebswege für
1622 Lebensmittel.

1623 Landwirt*innen müssen gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel in der
1624 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss einen
1625 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise für die
1626 Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen ein, um
1627 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1628 **Gute Lebensmittel für alle**

1629 Essen ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Ernährung ist
1630 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute Ernährung
1631 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler Wirtschaftsräume,
1632 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und
1633 regionale Identität.

1634 Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU kann
1635 die Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für verlässliche
1636 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir setzen uns daher ein für
1637 europaweite verbindliche Labels, um nachhaltige, regionale, und pflanzliche Ernährung zu
1638 unterstützen. Eine verpflichtende Kennzeichnung zur Haltung der Tiere wollen wir im
1639 europäischen Binnenmarkt einführen. Dagegen soll irreführenden Praktiken mit privaten
1640 Labeln, die etwa für angeblich klimaneutrale Produkte werben, im Rahmen der EU-Green Claims
1641 Verordnung ein Riegel vorgeschoben werden.

1642
1643 Mit einem EU-weiten Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf
1644 Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine
1645 bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein
1646 Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund und nachhaltig - nach dem Vorbild des
1647 Planetary Health Ansatzes - zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei von chemischen
1648 Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. Mit kontinuierlich steigenden
1649 Bioanteilen aus regionaler Erzeugung in der Gemeinschaftsverpflegung werden verlässliche
1650 Absatzmärkte für den Ökolandbau ausgebaut. So schaffen wir eine nachhaltige und gesunde
1651 Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1652
1653 Das Angebot pflanzlicher Produkte wollen wir vergrößern und leichter zugänglich machen und
1654 die ernährungsbezogenen EU-Förderprogramme klimagerecht umstellen. Das ist auch wichtig zum
1655 Erreichen der Klima- und Artenschutzziele. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen für
1656 pflanzliche Lebensmittel unter anderem durch die Förderung von Forschung und
1657 Markteinführung. Um zukünftigen Krisen besser begegnen zu können, braucht die EU eine
1658 Eiweißstrategie mit effizienten Zulassungsverfahren, die den Selbstversorgungsgrad bei
1659 Gemüse, Nüssen und pflanzlichen sowie alternativen Proteinen erhöht. Die Erforschung und

1660 Entwicklung von modernen Fermentationsverfahren und Zellkultivierung unterstützen wir in
1661 neuem Maße zur Entwicklung nachhaltiger Lebensmittel und für den Wirtschafts- und
1662 Innovationsstandort Europa.

1663 Wir befürworten eine Landwirtschaft, die ressourcenschonend und naturverträglich arbeitet
1664 und sich am Leitbild der ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit,
1665 Gentechnikfreiheit und Freiheit von synthetischen Pestiziden orientiert.

1666 Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie neuen
1667 gentechnischen Verfahren einerseits die Freiheit der Forschung gewährleisten und
1668 andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen. Auch neue
1669 gentechnische Verfahren in der Landwirtschaft sollen hinsichtlich ihrer Chancen, Risiken und
1670 Folgen erforscht werden. Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es
1671 unabdingbar, dass Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können.
1672 Es gilt, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip
1673 festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine
1674 Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche
1675 Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen
1676 schützen. Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Damit sichern wir die Zukunft
1677 besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1678

1679

1680

1681 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank oder gar in den Müll. Wir setzen
1682 uns deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030
1683 zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und
1684 Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um
1685 verbindlichere Angaben für die sichere Verzehrbareit von Lebensmitteln zu liefern.

1686 **Landwirtschaft ökologisch gestalten**

1687 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der Zukunft zu
1688 sichern. In Zeiten der Klimakrise, von Dürren, Bränden, Stürmen und Starkregen rücken
1689 widerstandsfähige Anbausysteme in den Mittelpunkt aller landwirtschaftspolitischen
1690 Maßnahmen. Dazu gehört es, die Bodenfruchtbarkeit und -gesundheit zu verbessern, mehr CO₂ zu
1691 binden als auszustoßen, eine größere Vielfalt an Kulturen und Sorten auf den Äckern
1692 anzubauen und den Einsatz von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngemitteln so stark
1693 wie möglich einzuschränken. Wir orientieren uns an den Kriterien der Regionalität,
1694 Kreislaufwirtschaft und Agrarökologie sowie dem Leitbild ökologische Landwirtschaft. Unser
1695 Ziel ist es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erreichen
1696 und diesen Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende
1697 Betriebe erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle
1698 Betriebe. Das zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und
1699 nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

1700 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens 30 Prozent
1701 der Mittel, die für die landwirtschaftliche Forschung und die ländliche Entwicklung
1702 ausgegeben werden, für die Weiterentwicklung und Förderung der Ökologisierung der
1703 Landwirtschaft und innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette, ebenso wie für
1704 ökologische Züchtungsforschung. Das EU-Biosiegel und seine Anwendung wollen wir verbessern -
1705 etwa bei der Tierhaltung. Ökobetriebe sollen keine Doppelnachweise mehr führen müssen,
1706 sondern auf Grund ihrer Umweltleistungen als "green per definition" gelten.

1707 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die
1708 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll garantieren, dass

1709 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde. Transparenz und
1710 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln
1711 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in
1712 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern wir die
1713 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1714 Der starke Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise. Die bisher
1715 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch nicht
1716 ausreichend umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele und
1717 Zulassungsverfahren der EU auf wissenschaftlicher Basis überarbeitet werden. Die
1718 Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer
1719 Pestizidabgabe. Trotz des Rückschlags der Zulassungsverlängerung von Glyphosat durch die
1720 Europäische Kommission, kämpfen wir weiter für ein schnellstmögliches Glyphosatverbot in
1721 Europa.

1722 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von
1723 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in Pestiziden
1724 erlauben. Bei den Genehmigungsverfahren für Pestizide müssen die entscheidenden Behörden
1725 unabhängiger von den antragstellenden Herstellern und ihren Angaben werden. Die Hersteller
1726 dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat die Behörden ihre
1727 Anträge prüfen. Außerdem müssen für weitere gefährdete Tiergruppen Risikoabschätzungen
1728 entwickelt und berücksichtigt werden. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen, beschleunigen wir
1729 die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie aufgrund von
1730 Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für die konsequente
1731 Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die Pestizide in den Verkehr
1732 bringen, für entstandene Schäden zum Beispiel im Grundwasser oder in der Biolandwirtschaft
1733 haften.

1734 **Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern**

1735 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und plötzlichem
1736 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern zurückfahren
1737 und die Böden wieder zu Senken von CO₂ machen, ist die Landwirtschaft ein zentraler Teil des
1738 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von Moorböden,
1739 Aufbau von Humus in Ackerböden und den Aufbau von Holzmasse in Agroforstsystemen ein – mit
1740 stabilen Einkommensperspektiven für Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen
1741 Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung leisten.

1742 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist wichtig,
1743 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen unterstützen wir
1744 Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen (Paludikultur) und
1745 fördern auch die Produktion von Rohstoffen für klimafreundliche Bau- und Dämmstoffe sowie
1746 für die Erdenindustrie und den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Wir
1747 wollen die Nutzung von wiedervernässten Moorböden im Rahmen der GAP fördern und
1748 klimaschädliche Subventionen abbauen. Moore sind echte Klimaschützer, da hier deutlich mehr
1749 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Die Weidewirtschaft mit Mutterkuhhaltung
1750 stellt eine der tierfreundlichsten Haltungsformen dar und leistet einen Beitrag zum
1751 Artenschutz. Auch deshalb wollen wir sie stärker unterstützen.

1752
1753 Agroforstsysteme, bei denen landwirtschaftlich beackerte oder beweidete Flächen mit Baum-
1754 und Strauchbestand kombiniert wird, sind sowohl mit ökologischer als auch mit
1755 konventioneller Landwirtschaft realisierbar. Sie haben eine wichtige Bedeutung für den
1756 Klimaschutz, die Bodenfruchtbarkeit, den Wasserhaushalt und die Biodiversität und damit auf
1757 die Entwicklung resilientere Ökosystem. Durch die Diversifizierung von Betriebszweigen
1758 entsteht eine größere Einkommenssicherheit für Landwirt*innen. Damit die vielen positiven

1759 Effekte realisiert werden können, wollen wir Hemmnisse abbauen, ihre Erforschung und eine
1760 breitere Anwendung in der Praxis fördern und weiterentwickeln.

1761 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand. Wir werden
1762 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren
1763 Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir den
1764 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der
1765 Meeresökosysteme und setzen uns für eine schnellere und vollständige Umsetzung der
1766 Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ein. Auch bei der Nutzung der Meere müssen die planetaren
1767 Grenzen eingehalten werden.. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und
1768 Schleppnetzfisherei und gehen gegen umweltschädliche Fangmethoden sowie die überhöhten
1769 Einträge von Düngemitteln und Schadstoffen vor.

1770 **Tiere gut halten**

1771 Wir wollen Tierhaltung so gestalten, dass Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen
1772 respektiert und nachhaltig erzeugte, wertvolle Lebensmittel liefern kann. Ziel ist
1773 schnellstmöglich eine flächengebundene Tierhaltung zu erreichen, dabei unterstützen wir die
1774 landwirtschaftlichen Betriebe. Eine naturgemäße Weidehaltung sehen wir als integralen
1775 Bestandteil unserer vielfältigen Landschaften. Die industrielle Tierhaltung dagegen schafft
1776 großes Tierleid und gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen:
1777 zoonotische Erreger, multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung,
1778 Artenverlust, Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und zu hohe Klimagasemissionen –
1779 wenn wir Tieren schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1780 Die Zahl der Tiere, die wir in der europäischen Landwirtschaft halten, muss sich zukünftig
1781 am Klimaschutzabkommen von Paris orientieren. Deshalb wollen wir weniger Tiere halten, ihre
1782 Haltungsbedingungen deutlich verbessern und die Züchtung stärker auf Tiergesundheit
1783 ausrichten.

1784 Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle einheitlicher
1785 europaweiter Tierschutzstandards bei Zucht, Haltung, Transport, Tötung und Handel ein. Das
1786 umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von fehlenden Brandschutzvorkehrungen.
1787 Entsprechend soll die Förderkulisse auf eine flächengebundene Tierhaltung ausgerichtet
1788 werden und weide- und grünlandgebundene Haltung besonders unterstützt werden. Ziel ist es,
1789 dass die Tiere erheblich mehr Platz sowie ganzjährig Außenzugang erhalten und nicht mehr auf
1790 Vollspaltenböden stehen müssen. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung von
1791 Lebendtiertransporten, eine Begrenzung der Langstreckentransporte auf maximal acht Stunden
1792 und ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten außerhalb des Schengenraums. Das stärkt
1793 auch die lokale Verarbeitung. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle und
1794 setzen uns für bessere, verbindliche Betäubungsmethoden, auch für Fische, Krebse, Hummer und
1795 Tintenfische ein. Zudem wollen wir die Schlachtung im Herkunftsbetrieb ermöglichen, wenn ein
1796 Befähigungsnachweis vorliegt und ein Tierarzt anwesend ist. Die Tötung von Küken gehört EU-
1797 weit verboten.

1798 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der
1799 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika an gesunde
1800 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch
1801 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten
1802 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine
1803 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die Einschränkung
1804 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere. Reserveantibiotika
1805 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein. In der Tierzucht wollen wir die künstliche
1806 Stimulierung durch Hormone aus Pferdeblut beenden.